

inform

Foto: Sidney Sims / unsplash.com



AKSB-Jahresbericht 2023

 **AKSB**
Arbeitsgemeinschaft
katholisch-sozialer Bildungswerke
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Inhalt

Editorial Andrea Rühmann	4
---------------------------------------	----------

Grußwort Gunter Geiger	5
-------------------------------------	----------



Aus der Arbeitsgemeinschaft	6
--	----------

2023 – Vielfältige Aufgaben für den Vorstand	6
--	----------

Show, don't tell	8
------------------------	----------

Die Kampagne ist vorbei – lang lebe die Kampagne	10
--	-----------



Aus der Geschäftsstelle	12
--------------------------------------	-----------

Und wir schreien laut: Wir brauchen mehr und nicht weniger politische Bildung!	12
--	-----------

BuKo: Ein Elefant im Raum	14
---------------------------------	-----------

Politische Bildung und Medienbildung mit Politiker*innen	16
--	-----------

Der internationale Bereich wird ausgebaut	18
---	-----------

Verschwörungsideologien in Gesellschaft und Bundeswehr	19
--	-----------

Kirche im Kolonialismus aufarbeiten	19
---	-----------

Ein Thema – Zwei Zielgruppen	
------------------------------	--

Verwaltungsfachtagung	20
-----------------------------	-----------

Kooperationskonferenz	21
-----------------------------	-----------



Bundesweite Zusammenarbeit	22
---	-----------

Was die Krisen für die politische Bildungsarbeit bedeuten.....	22
--	-----------

The Day after Democracy	23
-------------------------------	-----------

Die Zeit zu handeln ist JETZT	24
-------------------------------------	-----------

Bildungsziel: Die nachhaltige Option als Selbstverständlichkeit.....	26
--	-----------

Biodiversität sozial denken – Jugendliche werden aktiv	27
--	-----------

Politische Bildung gegen verlockend einfache Lösungen der Neuen Rechten	28
---	-----------



Der Wert von Vielfalt und Demokratie als Gegengewicht zur Neuen Rechten	30
Rechtsextremismusprävention – Was kann politische Jugendbildung tun?	31
Krisen und die Rolle politischer Bildung	32
Ohne Scheuklappen – gemeinsam respektvolle Lösungen entwickeln	34
Wege zur Bewältigung von Krisenängsten	35
Ukraine: Eines von mehreren drängenden Themen	36
Brücken des Dialogs	38
Widersprüchlich und unerhört	39



Projekte	40
Politisch bilden – Profession stärken!	40
Wenn das Ende nicht das Ende ist	42
Demokratie und Inklusion – Inklusion als Stütze der Demokratie?	44

Überblick 45

AKSB in Zahlen 2023	45
Regelförderung aus KJP und bpb im Überblick	46
AKSB-Mitglieder 2023	48
AKSB im Überblick 2023	49
Impressum	51
Termine	52

Liebe Leserinnen* und Leser,

in der Vorbereitung dieses Jahresberichts haben wir uns mit der Titelsuche zunächst schwergetan: Für welches der drängenden Themen sollten wir uns entscheiden? Den fortwährenden Krieg in der Ukraine, die besorgniserregende Klimakrise, Einsamkeit und Isolation als Langzeitfolge der Coronazeit? Oder wäre eines der Themen dringender, die das Jahresende prägen, hier insbesondere der terroristische Anschlag der Hamas in Re'im, die folgenden antijüdischen und antiarabischen Stimmungen, oder das Erstarken der populistischen und rechtsextremen Bewegungen, die still und heimlich eine „Remigration“ planen wollten? Über all dem schwebten seit dem Sommer die geplanten Kürzungen im Bundeshaushaltsentwurf für das Jahr 2024, die sich massiv auf die politische Bildungsarbeit auswirken sollten.

Wir hatten es 2023 also mit multiplen Krisen zu tun. Und damit war das Thema des Jahresberichts schlagartig klar: *Polykrise*.

Alle Themen sind in unserer Bildungsarbeit gleichermaßen wichtig, sie beeinflussen sich gegenseitig und hängen teilweise voneinander ab. Das zeigt sich in vielen Beiträgen dieses Jahresberichts: Zwar hat jeder Schwerpunkt den Fokus auf eine Krise gelegt. Doch verweist nahezu jeder Text auf eine andere Krise. Interessant auch: Jedes beschriebene Problem ist dringend und gleichzeitig wird oft die Sorge formuliert, dass diese Herausforderung von anderen Krisen aus dem Blickfeld verdrängt werde.

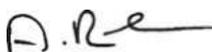
Fast könnte man darüber verzweifeln. Aber Halt: Wir sind nicht nur Außenstehende, die mit Sorge auf die Entwicklungen blicken. Wir sind in der politischen Bildungsarbeit! Es ist unser Auftrag, Menschen die Kompetenzen zu vermitteln, Probleme, Ursachen und Zusammenhänge zu verstehen: Um zu reflektieren, welche Folgen unser Konsum weltweit hat, warum die Energiepreise gestiegen sind, aus welchem Grund Menschen nach Deutschland flüchten, wie es kommt, dass scheinbar immer mehr Deutsche offen für einfache und radikale



Lösungen werden. Es ist unsere Aufgabe, Menschen die Kompetenzen zu vermitteln, um selbst aktiv zu werden und an einer lebenswerten Gesellschaft zu arbeiten. Denn: „Politische Bildung kann dazu beitragen, demokratische Werte wie Menschenrechte, Rechtstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und Gewaltenteilung zu stärken“, sagt Laura Boever in einem der Kurzinterviews aus den Schwerpunkten (S. 44).

Allein über die Regelförderung durch den KJP und die bpb haben wir im Jahr 2023 fast 600 Kurse durchgeführt und knapp 15.000 Menschen erreicht (S. 22). Nicht selten entstehen daraus konkrete Aktionen, wie etwa Demoplakate zur Rechtsextremismusprävention (S. 37). Nicht zuletzt haben die unzähligen Bemühungen der AKSB in Zusammenarbeit mit dem Bundesausschuss der politischen Bildung und der GEMINI sicher Einfluss darauf genommen, dass die Haushaltspläne der Bundesregierung für unseren Bereich weniger hart ausgefallen sind (S. 12). Daher sind und bleiben wir zuversichtlich, dass unsere Gesellschaft auch diese Polykrise bewältigt.

Herzliche Grüße
Ihre



Andrea Rühmann

Grüßwort

Liebe Leserinnen* und Leser,

politische Bildung ist das Herzstück einer lebendigen Demokratie. Sie befähigt Bürger*innen dazu, informierte Entscheidungen zu treffen und demokratische Werte zu leben. Die im vergangenen Jahr im Bundeshaushaltsentwurf geplanten Kürzungen stießen in der AKSB angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen durch multiple Krisen und einen erschreckenden Rechtsruck in Deutschland auf absolutes Unverständnis. Sie bedrohten dazu die Vielfalt und Qualität politischer Bildungsangebote: Gefährdet waren nicht nur etablierte Förderprogramme, sondern auch das Projekt *RespACT – Vielfalt leben. Haltung zeigen.*, das bereits seit 2018 kontinuierlich auf sich wandelnde Herausforderungen reagiert und bedarfsorientiert mit Schüler*innen arbeitet.

Hinzu kommt, dass Kürzungen die Unabhängigkeit und Vielfalt der politischen Bildungslandschaft bedrohen würden. Eine pluralistische Gesellschaft benötigt jedoch eine breite Palette an Perspektiven und Meinungen. Besonders besorgniserregend ist der potenzielle Rückgang politischer Bildungsangebote für Jugendliche. Ohne adäquate politische Bildung laufen wir Gefahr, eine Generation heranzuziehen, die unzureichend auf die Herausforderungen einer demokratischen Gesellschaft vorbereitet ist.

Für das Jahr 2024 sind wir in der AKSB nochmal mit einem blauen Auge davongekommen. Der Aufschrei der Träger der politischen Bildung war groß, der Einsatz unserer Geschäftsstelle für den Erhalt der Fördermittel enorm. Positiv dazu beigetragen hat aber auch, dass wir belegen konnten, dass die Schlagkraft und die Anzahl der politischen Bildungsveranstaltungen der AKSB auf einem sehr guten Niveau sind – die Ausschöpfung der Mittel sowie die gute Arbeit im Jahr 2023 wurde positiv belohnt. *RespACT* läuft noch ein Jahr weiter und auch die Bundeszentrale für politische Bildung hat uns für 2024 einen finanziellen Vertrauensvorschuss gegeben. Ende gut, alles gut? Leider nein. Für den kommenden Haushaltsentwurf bereiten wir uns auf eine



Wiederholung des Jahres 2023 vor. Erneut kursieren drastische Sparpläne und Kürzungsszenarien für das Jahr 2025, die die gesamte AKSB in Alarmbereitschaft versetzen. Hier müssen wir alle am Ball bleiben und unermüdlich auf unsere wertevolle politische Bildungsarbeit hinweisen.

Wir geben nicht auf. Wir werden weiter für den Erhalt der politischen Bildung kämpfen und werden nicht müde, in Gesprächen mit Mitgliedern des Bundestags (MdB) darauf hinzuweisen, dass es von entscheidender Bedeutung ist, dass die Politik den Wert politischer Bildung erkennt und unterstützt. Investitionen in politische Bildung sind Investitionen in die Zukunft unserer Demokratie. Wir appellieren an die Verantwortlichen, die geplanten Kürzungen zu überdenken und sich für eine starke politische Bildungslandschaft einzusetzen. Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Gesellschaft auf einem Fundament von Wissen, Engagement und demokratischen Werten ruht.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Gunter Geiger

2023 – Vielfältige Aufgaben für den Vorstand

Die AKSB blickt auf ein anstrengendes Jahr 2023 zurück. Zu den größten Herausforderungen zählte unzweifelhaft die Sicherung der Fördermittel und Projektgelder für das Jahr 2024. Uns beschäftigte aber auch die Optimierung der Bundesweiten Zusammenarbeit (BZA), die Fortführung der Kampagne *wertevoll politisch bilden* sowie die Abschiede im Vorstand. Aber lest selbst.

Nachdem 2022 der Slogan *wertevoll politisch bilden* als gemeinsamer Claim für die politische Bildungsarbeit der Geschäftsstelle und Mitgliedseinrichtungen entwickelt wurde, erhielten die Mitglieder Anfang des Jahres 2023 den Styleguide mit passenden Nutzungshinweisen. Seitdem schmückt der AKSB-Claim zahlreiche Roll-Ups, Veranstaltungsprogramme und Webseiten und stärkt die Außenwirkung unserer Arbeitsgemeinschaft signifikant. 2023 wurden Anzeigen in kirchlichen Magazinen geschaltet und Postkarten entwickelt, um die Sichtbarkeit der politischen Bildungsarbeit in katholischer Trägerschaft weiter zu erhöhen und zu zeigen, dass Einsparungen im Bildungsbereich der falsche Weg sind. Zahlreiche positive, interne und externe Rückmeldungen zum neuen AKSB-Design als jung, dynamisch und modern zeigen uns, dass wir hier auf einem guten und zukunftsfähigen Weg sind (s. S. 10).

Zur Finalisierung der Kampagne gehört auch eine Überprüfung und Anpassung der zuletzt im Jahr 2009 aktualisierten AKSB-Konvention „Am Puls der Zeit. Konvention über katholisch-sozial-orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB“. Geplant sind neben einem neuen Erscheinungsbild unter anderem die Ergänzung um neue Herausforderungen in der Gesellschaft sowie die Schwerpunktthemen der AKSB.

Die bundesweite Zusammenarbeit (BZA) geht ihren Weg

Nachdem uns die Neuausrichtung der bundesweiten Zusammenarbeit der AKSB – ermöglicht durch einen Mittelaufwuchs im KJP – das gesamte Jahr 2022 hindurch beschäftigt hat, haben wir das Jahr 2023 dazu genutzt, um an Feinjustierungen der Schwerpunktstellen zu arbeiten und darauf hinzuwirken, dass die BZA an Konzepten und Ergebnissen arbeitet, die für die gesamte Arbeitsgemeinschaft nutzbar gemacht werden sollen. Hierzu wurde im Juni 2023 ein eigener Vorstandsbeschluss getroffen, der diese Arbeit erst möglich machte.

Nachdem die Zusammenarbeit bei methodisch spannenden Schwerpunktkonferenzen intensiviert wurde, haben uns zum Ende des Jahres die enormen Tarifkostenerhöhungen und androhten Kürzungsmaßnahmen des Bundes leider dazu gezwungen, den Umfang von einigen Schwerpunktstellen zu reduzieren. Dies führte zugleich zu einer Angleichung der Ressourcen der einzelnen Schwerpunkte.

Personelle Umgestaltungen und Ausbau der internationalen Jugendarbeit

Nach der Schließung des Europabüros in Brüssel und der Bereitstellung zusätzlicher personeller Res-



Der AKSB-Vorstand besteht seit der Mitgliederversammlung 2023 aus Gunter Geiger, Michael Engbers, Rüdiger Paus-Burkard, Nike Alkema, Martina Weishaupt und Marcel Speker (v. l. n. r.) Bild: AKSB

sources über den KJP International konnte der Weg geebnet werden für eine Neuausrichtung der internationalen Arbeit innerhalb der AKSB. Mit Martina Cessan und Anette Bickel, unterstützt durch Marion Schue, hat sich ein Team für den internationalen Bereich geformt, das die Koordinierung der internationalen Förderprogramme mit viel Herzblut und Engagement angeht. Ihr erster Erfolg: Eine dreijährige Förderzusage für das Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB) für die Jahre 2024 bis 2026. Ein langfristiges Ziel ist unter anderem die Stärkung und der Ausbau der internationalen Jugendarbeit und des internationalen Jugendaustausches innerhalb der AKSB (s. S. 18).

Mitgliederversammlung mit vielen Themen

Die AKSB hat auf Ihrer Mitgliederversammlung am 28. und 29. November 2023 im Ludwig-Windthorst-Haus den Vorstand nachbesetzt und einige Weggefährt*innen in den Ruhestand verabschiedet. Aufgrund der drohenden Haushaltskürzungen mussten leider auch Sparmaßnahmen beschlossen werden.

Große Baustelle: Drohende Kürzungen

Auf der Mitgliederversammlung stand die AKSB gleich vor mehreren großen Themen. Insbesondere der Entwurf des Bundeshaushalts 2024, der immense Kürzungen in der politischen Bildung vorsah, hat die Akteure der politischen Bildung stark beschäftigt. Mit dem Bekanntwerden der Pläne im Sommer 2023 wurden alle eigentlichen Themen in der Geschäftsstelle und in den meisten Mitgliedereinrichtungen in den Hintergrund gedrängt.

Die Haushaltslage der Arbeitsgemeinschaft stand durch die Tarifkostensteigerung, die allgemeine Inflation und aufgrund von Kostensteigerungen deutlich unter Druck. Damit musste der Vorstand Lösungen für Herausforderungen finden, um die AKSB auch im Jahr 2024 finanziell gut aufzustellen. Nach vielen Abwägungen entwickelte der Vorstand ein Konzept, das darauf abzielte, das KJP-Volumen der Mitgliedereinrichtungen zu sichern und die Last auf alle Schultern zu verteilen. Der Plan umfasste die Verlagerung einiger Veranstaltungen in den digitalen Raum, die Reduzierung (nicht Streichung) ausgewählter Schwerpunktstellen in der bundesweiten Zusammenarbeit und eine moderate Anhebung der Mitgliedsbeiträge. Dass die dadurch entstehenden Einschnitte schmerzhaft sein würden, war allen Be-

teiligten klar und wurde mit einigen kritischen Anmerkungen angesprochen. Dass die Schritte jedoch von nahezu allen Mitgliedern als konsequent und nötig betrachtet wurden, zeigte sich darin, dass der Beschluss mit nur einer Gegenstimme angenommen wurde.

Vakante Vorstandsposition nachbesetzt

Personalveränderungen gab es auch im Vorstand. Klassischerweise umfasst das Gremium der AKSB sechs Personen. Nach dem Weggang von Dr. Ruth Bendels war eine Position unbesetzt. Mit großer Mehrheit wählte die Mitgliederversammlung Marcel Speker in den Vorstand. Für ihn war die Mitgliederversammlung sozusagen ein Heimspiel: Seit 2021 ist er Akademiedirektor des Ludwig-Windthorst-Hauses.

Gleich mehrere Abschiede

Die AKSB nutzte die Mitgliederversammlung des Weiteren, um langjährige Weggefährt*innen der Arbeitsgemeinschaft zu verabschieden und ihnen für ihr Engagement zu danken. Neben Dr. Ruth Bendels (Katholische Akademie des Bistums Hildesheim), die sich neuen beruflichen Aufgaben stellt, wurden Bernward Bickmann (Franziskanisches Bildungswerk, Großkrotzenburg), Hans-Peter Kaulen und Gabi Kaulen (Jugendhaus Burg Feuerstein, Ebermannstadt), Antonius Kerkhoff (Akademie Franz Hitze Haus, Münster) und Reinhard Griep (Jugendakademie Walberberg, Bornheim) in den Ruhestand verabschiedet. Wir danken allen für ihren wertvollen und engagierten Einsatz für die politische Bildung und wünschen alles Gute für die Zukunft!

Mitglieder und Anwartschaft

Eine schöne Entwicklung: Die Zahl der AKSB-Mitglieder wächst. Mit der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg wurde auf der Mitgliederversammlung 2023 ein neues Mitglied in die AKSB aufgenommen. Das ASG-Bildungsforum (Düsseldorf) ist als neuer Anwärter auf eine Mitgliedschaft hinzugekommen. Die Deutsche Provinz der Salesianer Don Boscos geht ins zweite Jahr der Anwartschaft und kann zur nächsten Mitgliederversammlung Ende 2024 aufgenommen werden. —





Ein Thema, das im Barncamp aufkam, war „Einsamkeit“. Doch so leer wie hier war die Aula der Jahrestagung nur vor der Veranstaltung. Bild: AKSB

Show, don't tell

„Partizipation und Engagement in einer digitalisierten Gesellschaft“ lautete das Thema der AKSB-Jahrestagung Ende November im Ludwig-Windthorst-Haus in Lingen. Markus Schuck, AKSB-Referent für politische Bildung, gibt einen Rückblick.

Wenn wir Partizipation zum Thema der Jahrestagung machen, sollten wir nicht nur darüber sprechen, sondern konsequenterweise auch partizipativ tagen. Ganz im Sinne des Schreibtippes „Show, don't tell“ – sprich nicht nur darüber, sondern zeig, was gemeint ist – fand die AKSB-Jahrestagung daher als Barcamp statt, um über Partizipation und Engagement in der heutigen digitalisierten Gesellschaft zu diskutieren und der Frage nachzugehen, wie der Beitrag der politischen Bildung zu erfolgreicher Beteiligung in der Demokratie künftig aussehen sollte. Dazu reichten die rund 60 Teilnehmenden vorab 19 Sessions zu Fragen, Herausforderungen und Praxisbeispielen rund um das Thema ein.

Zu Beginn der Tagung gab Dr. Volker Best – zurzeit vertritt er die Professur für Regierungslehre

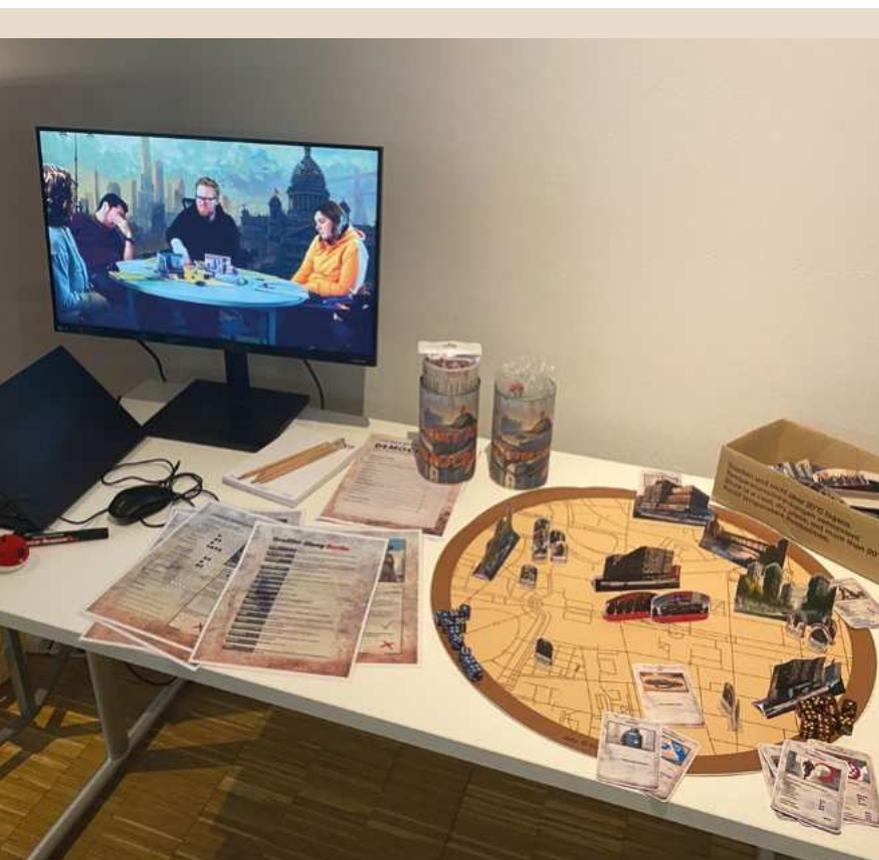
und Policyforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg – einen wissenschaftlichen Impuls zum Thema „Vertrauen und Partizipation: Erfolgs- und Risikofaktoren für die Demokratie“. Dabei stellte er die Ergebnisse der aktuellen Studie „Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?“ der Friedrich-Ebert-Stiftung vor. Diese Studie kommt zunächst zu einem positiven Ergebnis: Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist trotz vielfältiger Krisen stabil und steigt sogar leicht. Allerdings bleibe Anlass zur Sorge: Eine Mehrheit sei weiterhin unzufrieden. Die regionalen Unterschiede hätten sich im Vergleich zu 2019 noch einmal verschärft, die Schere zwischen Ost und West habe sich weiter geöffnet. Und noch immer gebe es große Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit je nach sozialer Lage. Sein Fazit: Eine gerechte Verteilungspolitik sei auch eine gute Demokratiepoltik.

In den anschließenden Sessions wurden die Herausforderungen der Digitalisierung und von KI auf die politische Bildungsarbeit intensiv diskutiert. Nicht alle Sessions kamen unmittelbar aus den Reihen

der AKSB, einige Einheiten boten den Diskurs mit gelungenen Partizipationsprojekten vor Ort: So nahmen Jugendliche des Kinder- und Jugendparlamentes Lingen und der Politik-AG der Marienschule Lingen teil.

Besonders intensiv diskutierten die Teilnehmenden die Ergebnisse der Session „Einsamkeit trotz likes!“. Auch das ein Vorteil der agilen Barcamp-Struktur: Themen bleiben nicht nur in der Session, sondern können im Anschluss aufgegriffen werden. In der großen Runde wurde deutlich, dass

„Einsamkeit“ in den vergangenen Jahren zunehmend mediale Aufmerksamkeit erhält: Nicht nur die medizinische Forschung belegt vermehrt gesundheitsschädliche Folgen von Einsamkeit, auch politische Vertreter*innen setzen sich verstärkt mit dem Thema auseinander. Auch die Politikwissenschaft beschäftigt sich damit, welchen Einfluss Einsamkeit auf das „politische Leben“ von Bürger*innen hat. Von mehreren Teilnehmenden wurde daher der Wunsch geäußert, dieses Thema in der bundesweiten Zusammenarbeit der AKSB weiter zu verfolgen.



The Day after Democracy handelt von einer Gesellschaft, die nach dem Untergang der Demokratien dieser Welt neu aufgebaut werden muss. Das Spiel stand in der Beta-Version zum Ausprobieren bereit. Bild: AKSB



„MINT als Gamification in der politischen Bildung“: Dieses Bildungsspiel wird gesteuert über Bananen in der Hand und unbeschuhten Füßen auf Alufolie. Alleine schon der Spaßfaktor fördert hier das Lernen. Bild: AKSB

Markt der Möglichkeiten

In einem Markt der Möglichkeiten wurden abends unterschiedliche methodische Ansätze und Praxisbeispiele zum Thema Partizipation vorgestellt. So konnte die Beta-Version des Pen-and-Paper-Spiels *The Day after Democracy* (s. S. 29) ausprobiert werden. An einem anderen Stand wurde gezeigt, wie innovativ im Rahmen der Jugendbildung mit neu entwickelten Kursmodulen gearbeitet und ex-

perimentiert werden kann: Der Aufbau aus Makey-Makey, Computer, Alufolie, bunten Kabeln und einer Tanzmatte auf dem Boden, die auf Socken zu bedienen war, sorgte für interaktiven Spaß und ließ deutlich werden, dass mit solchen methodischen Ansätzen auch Jugendliche spielerisch für Bildungsangebote begeistert werden können. —

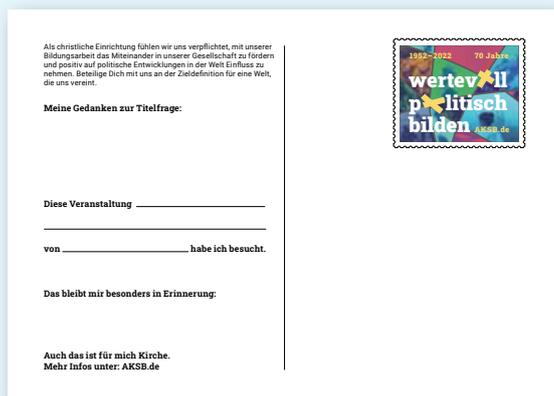
Die Kampagne ist vorbei – lang lebe die Kampagne

Am 31. Dezember 2023 ist die AKSB-Kampagne *wertevoll politisch bilden* offiziell zu Ende gegangen. Doch tatsächlich war sie eher ein Startschuss: Auch in Zukunft werden die Bildsprache, Motive und Tonalität fortgesetzt.



„Seit einiger Zeit fällt mir ein Werbeplakat der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke auf, das mit großen Lettern fragt: Bist du die Veränderung, die unsere Gesellschaft braucht? Und ich denke mir: Ja, ich will die Veränderung leben, die unsere Kirche braucht. Am liebsten möchte ich es mit vielen anderen zusammen tun.“ Mit diesen Worten endet das Hirtenwort zur Österlichen Bußzeit 2024 von Dr. Georg Bätzing, dem Bischof von Limburg.

Diese Worte machen deutlich: Die AKSB-Kampagne *wertevoll politisch bilden* hat ihre Aufgabe erfüllt. Ziel der Aktion war es, gerade im katholischen Bereich die Wirkung, Bedeutung und Rolle der politischen Bildung in katholischer Trägerschaft sichtbar zu machen. Neben der genannten Werbung, die in verschiedenen Medien erschienen ist, sind viele weitere Elemente entstanden, die mit dem Claim *wertevoll politisch bilden* die ganze Bandbreite der AKSB-Arbeit darstellen. Dazu zählen etwa Stifte und Taschen, Pflasterboxen (hier lässt sich prächtig darüber diskutieren, ob politische Bildung erst nötig ist, wenn schon ein Unfall passiert ist), Mousepads, Hoodies und weitere klassische Werbemittel.



Um gezielt unsere Botschaft zu vermitteln, wurden zum Jahresende 2023 verschiedene Postkarten mit dem Slogan „Auch das ist für mich Kirche“ erstellt, die die Rolle der Kirche in der Gesellschaft zur Diskussion stellen. Die Mitgliedseinrichtungen können die auf den Karten gedruckten Fragen von Teilnehmer*innen beantworten lassen und sie dann kirch-



lichen Entscheidungsträgern oder auch Fördergebern zusenden. Die Idee dahinter: Persönliche Stimmen machen die Wirkung unserer Arbeit greifbarer und anschaulicher.

Damit die Konzepte und Elemente auch in Zukunft genutzt werden können, wird im Laufe des Jahres 2024 eine Plattform entstehen, über die AKSB-Mitgliedseinrichtungen *wertevoll-politisch-bilden*-Produkte beziehen können. So können die Kampagne und unsere Botschaft in über 60 Mitgliedseinrichtungen weitergelebt werden. Denn *wertevoll politisch bilden* tun wir alle und das zeigen wir jetzt auch. —



Und wir schreien laut: Wir brauchen mehr und nicht weniger politische Bildung!

Ein AfD-Bürgermeister in Sachsen-Anhalt, ein AfD-Landrat in Thüringen, zunehmender Rechtsextremismus – wir leben in einer Zeit, in der es möglich ist, dass rechte Parteien Ämter bekleiden können und rechte Positionen gesellschaftsfähig werden. Gleichzeitig verliert die etablierte Bundespolitik an Vertrauen. So weit, so schlecht und von der Regierung als klares Problem benannt. Ihr Ziel: Demokratie fördern und Zivilgesellschaft stärken. Und gleichzeitig genau dafür die Gelder kürzen? Eine Zerreißprobe für die Geschäftsstelle der AKSB.

Mit einem 15-köpfigen Team stemmt die AKSB-Geschäftsstelle jährlich Aufgaben wie die Weiterleitung von Fördermitteln (S. 46), die Durchführung der *Verwaltungsfachtagung* (S. 20) und *Kooperationskonferenz* (S. 21), der *Fachtagung mit Bundeswehr, katholischer Militär- und Polizeiseelsorge*, der *Fachtagung Interkulturelle/Interreligiöse Bildung* (beides S. 19), der *Jahrestagung* (S. 8) und spannender *Schwerpunktkonferenzen* (ab S. 22). So weit, so gut.

Doch Anfang Juli 2023 legte die Bundesregierung den Haushaltsplan für 2024 vor. Über Kürzungen des Elterngelds und der Kindergrundsicherung wurde nicht erst seitdem heftig gestritten. Völlig unbemerkt blieben zunächst die Kürzungspläne für die Kinder- und Jugendhilfe und politische Bildung. Demnach sollte der Kinder- und Jugendplan (KJP)



des Bundes um 44,6 Millionen Euro – was etwa 18,6 Prozent entspricht – gekürzt und das Bundesprogramm Respekt Coaches komplett eingestellt werden. Zudem sollte der Haushaltstitel der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) um 4,2 Millionen Euro reduziert werden, was rund 24 Prozent des Fördervolumens ausmacht.

Die Trägerschreibung der bpb endete, die Modellförderung wurde eingeschränkt. Dazu drohten ebenso Kürzungen in der entwicklungspolitischen Bildung.

Die Konsequenzen wären weitreichend und die Botschaft an die Gesellschaft verheerend.

Politische Bildung, auch in Form von Präventionsprojekten, soll Jugendliche vor Radikalisierung und damit die Demokratie vor antidemokratischen Einflüssen schützen. Derzeit bekämpfen wir bereits Brandherde: Desinformation, Rassismus, Antisemitismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, um nur einige zu nennen. Angesichts gesellschaftspolitischer Dynamiken – man denke an religiös





Bei der Schwerpunktkonferenz in Fulda im September 2023 fordern rund 45 politische Bildner*innen die Einstellung der Kürzungen. Bild: AKSB

begründeten Radikalismus und die Salonfähigkeit rechter politischer Inhalte – ist die politische Bildung immer mehr zur gesellschaftlichen Feuerwehr geworden.

Mehr denn je ist es für die Demokratie essentiell, ausreichende Ressourcen für ihre Förderung und Stärkung zur Verfügung zu haben. Hierfür benötigt es Fachkräfte, Zugänge zu den Zielgruppen und Zeit. Nur so können demokratische Grundwerte nachhaltig gesellschaftlich verankert werden. Und allen politischen Bildner*innen ist längst klar: „Für die Herausforderungen unserer Zeit brauchen wir mehr und nicht weniger politische Bildung!“

In dieser Zeit die Mittel zu kürzen bedeutet, der politischen Bildung ihren Auftrag für die Demokratie und damit ihre gesellschaftliche Wertigkeit abzuerkennen.

Was daraufhin folgte

Was blieb uns anderes übrig, als alles stehen und liegen zu lassen und den Kampf gegen die Kürzungen anzugehen? Wir schrieben uns die Finger wund in Form von Pressemitteilungen, Briefen und E-Mails an Abgeordnete und Fördergeber*innen, wir führten zahlreiche Gespräche mit Entscheidungsträger*innen und nutzten jede Möglichkeit, auf die Konsequenzen der Kürzungen hinzuweisen.

Gemeinsam mit weiteren Trägern politischer Bildung verfassten wir Stellungnahmen, Aufrufe und Petitionen, organisierten im Verbund mit anderen

KJP-Trägern eine Demonstration durch Berlin und entlang des BMFSFJ. Im Verbund mit dem Bundesausschuss politische Bildung (bap) veröffentlichten wir unter dem Hashtag #politischebildungstärken Videostatements, die die Auswirkungen der Kürzungen in den Einrichtungen vor Ort verdeutlichen. Gemeinsame Aktionen und ein gemeinsamer Auftritt beim Bundeskongress politische Bildung (S. 14) folgten.

Ende gut, alles gut?

Am Ende machten sich alle Mühen und graue Haare bezahlt: Medien sprangen auf den Protest auf, Politiker*innen sahen nach und nach ein, dass sie in heutigen Zeiten nicht an politischer Bildung und Jugendarbeit sparen können. Die Kürzungen konnten weitgehend abgewendet werden. Sogar das AKSB-Projekt *RespACT – Vielfalt leben. Haltung zeigen.* (S. 42) läuft noch ein Jahr weiter. Dass die Verlängerung jedoch einen Auslöser wie den Hamas-Terroranschlag am 7. Oktober 2023 brauchte, um zu verstehen, dass das Bundesprogramm *Respekt Coaches* längst ein geeignetes Instrument ist, um Antisemitismus und andere Formen von Diskriminierung und Extremismus vorzubeugen, lässt uns kopfschüttelnd und ratlos zurück. Wir wagen einen sehr vorsichtigen Blick auf die kommenden Haushaltsverhandlungen, in der Hoffnung, dass unsere Argumente aus dem Herbst 2023 noch in den Hinterköpfen der Parlamentarier*innen schwirren. Der Kampf um den Erhalt der Mittel, besonders im KJP, geht in jedem Fall weiter.

BuKo: Ein Elefant im Raum

Der BuKo (Bundeskongress für politische Bildung) zählt zu den größten Veranstaltungen der politischen Bildung deutschlandweit. Klar, dass wir dort unsere Angebote vorgestellt haben. Klar auch, dass wir dort gegen die geplanten Haushaltskürzungen für 2024 eingetreten sind. Ein Rückblick von Eileen Eisenhut.

Vom 2. bis zum 4. November 2023 fand der BUKO in Weimar statt – eine Kooperationsveranstaltung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) und dem Bundesausschuss Politische Bildung (bap). Das Veranstaltungsmotto „Gegenwartsdeutungen – Zukunftserzählungen. Politische Bildung in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche“ setzte den Kurs auf eine zukunftsgerichtete politische Bildungsarbeit in Zeiten vermehrter innergesellschaftlicher Spannungen.

Das Team der AKSB war unter anderem mit einem Stand vertreten. Animiert durch ein Quiz zu aktuel-

len Themen und Mini-Workshops zu Methoden der politischen Jugendbildung kamen wir mit vielen Besucher*innen in rege Gespräche. Schnell leerte sich der Tisch mit Giveaways. So kam es, dass sich Weimar mit AKSB-grünen Jutebeuteln und dem Aufruf zur wertvollen politischen Bildung füllte.

Darüber hinaus war die AKSB mit zwei Workshops am BuKo beteiligt:

Im Rahmen eines App-basierten Stadtrundgangs ging es im Workshop „Narrative des Niedergangs der Weimarer Republik. Lehren für eine krisenfeste Demokratie.“ (Angebot des AKSB-Schwerpunkts *Historisch-politische Bildung*) darum, wie die Funktion von Niedergangsnarrativen für das gegenwärtige politische System bewertet werden und wie sich die politische Bildung diese Erkenntnisse in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche nutzbar machen kann.

Im Workshop „Vision: Inklusion – Ansätze einer inklusiv ausgerichteten politischen Bildung“

Verschiedene Fragen regten die Besucher*innen zu Diskussionen an. Hier spricht Eileen Eisenhut (AKSB-Referentin für politische Bildung und Förderung, rechts) über eine Alterssenkung beim aktiven Bundeswahlrecht. Bild: AKSB

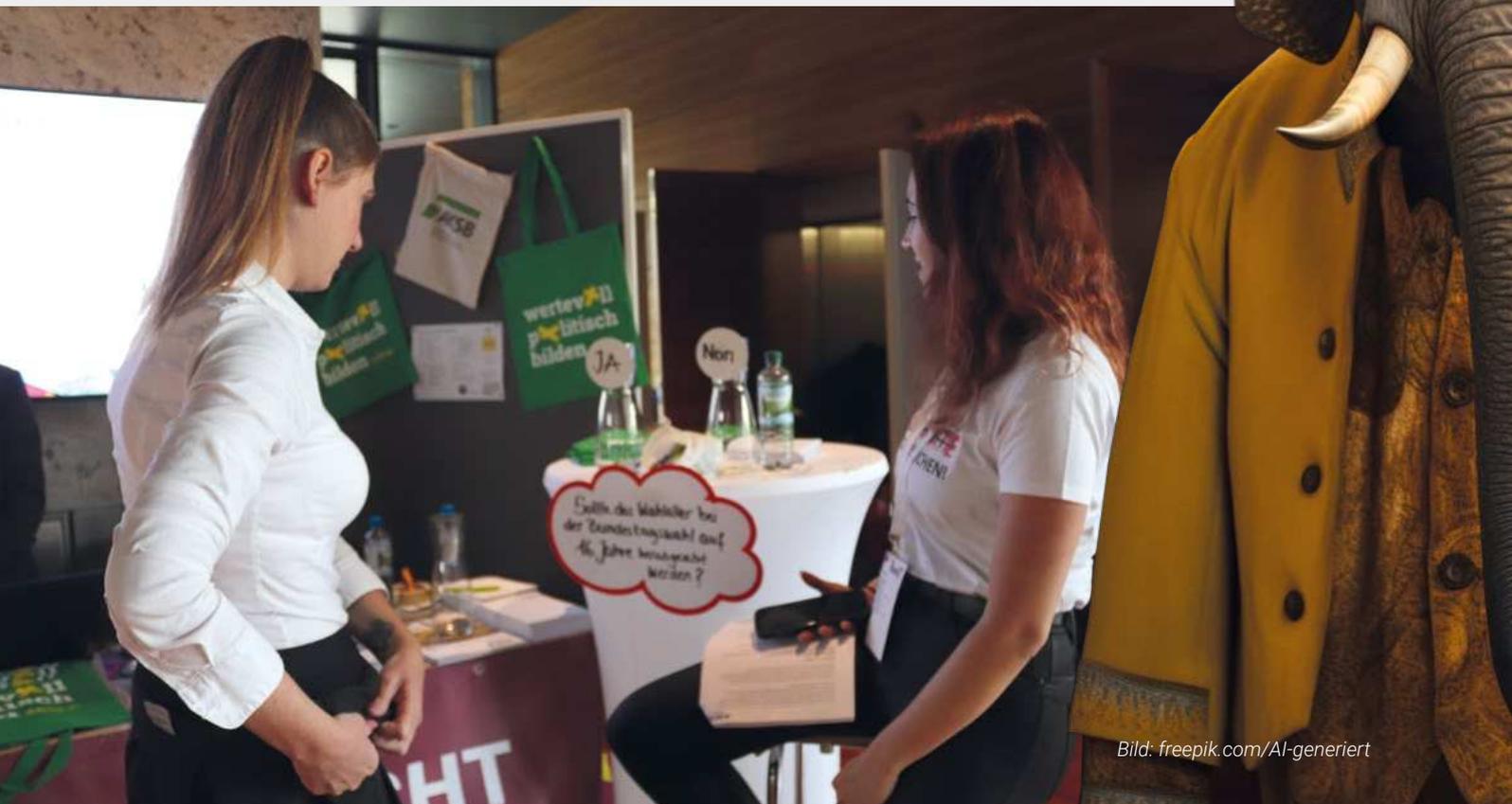


Bild: freepik.com/AI-generiert

DEMOKRATIE

FRISCH GESTRICHEN!

Mit dem Schriftzug „Demokratie frisch gestrichen!“ machten Akteur*innen der politischen Bildung auf die Gefahren durch Mittelkürzungen aufmerksam.

(angeboten vom AKSB-Projekt *Wie geht Demokratie?*) erhielten Interessierte einen Einblick in Konzepte und Methoden der politischen Bildungsarbeit für junge Menschen mit Betreuungsbedarf.

Trotz des eigentlichen Veranstaltungsthemas wurde der BuKo von einem Elefanten im Raum beherrscht: Den geplanten Mittelkürzungen in der politischen Bildung. Deutlich wurde das etwa bei der Ansprache der Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser. Sie verwies auf die multiplen Krisen, vor denen Deutschland stehe, und lobte die

politische Bildung als unabdingbare Stellschraube einer demokratischen Gesellschaft. Die Anspannung aller anwesenden politischen Bildner*innen brachte dann auch Wilfried Klein, Vorsitzender des bap, auf den Punkt: „Wir brauchen mehr politische Bildung. Wir brauchen mehr Mittel für politische Bildung.“

Angesichts der drohenden Kürzungen bezogen die Akteur*innen der politischen Bildung mit der Postkarten- und T-Shirt-Aktion „Demokratie – frisch gestrichen!“ geschlossen Position gegen die angekündigten Einschnitte. Das Signal war eindeutig: Wir stehen zusammen für eine zukunftsgerichtete, starke politische Bildung und eine bunte und lebendige Demokratie für alle Bürger*innen.

AKSB-Geschäftsführerin Andrea Rühmann am – noch gut bestücktem – AKSB-Stand. Bild: AKSB



Politische Bildung und Medienbildung mit Politiker*innen

Die *mepodi*-Fachtagung 2023 drehte sich um das Thema „Mit digitalen Kompetenzen die Demokratie stärken! Chancen und Grenzen digitaler politischer Bildung“. Neben Expert*innen aus der Bildungspraxis nahmen vier Bundestagsmitglieder und der hessische Justizminister teil. Wieder einmal wurde deutlich: Medientraining und politische Bildung müssen viel stärker in der formalen Bildung verankert werden.

Politische Bildung und Medienbildung seien mehr denn je nötig, um Demokratie zu stärken. Besonders pädagogische Fachkräfte aus dem sozialen Sektor könnten von gezielter Unterstützung in der pädagogischen Medienarbeit profitieren. Eine stetige Qualifizierung in politischer Bildung, Medienbildung und Pädagogik sei daher von essenzieller Bedeutung. Mit diesen Kernaussagen eröffneten Gunter Geiger, Vorsitzender der AKSB, und Kathrin Kuhnert von der Medienanstalt Hessen die Fachtagung und erhielten dafür breite Unterstützung.

Aus Sicht der Politik müsse Medienbildung als eine schulfachübergreifende Querschnittsaufgabe in den Lehr- und Bildungsprogrammen der Bundesländer verankert werden. Bundestagsabgeordnete Marlene Schönberger (Bündnis 90/Die Grünen)

wünschte sich konkrete Fortbildungsprogramme für Lehrer*innen.

Petra Pau, Bundestagsabgeordnete „Die Linke“, forderte ein Medienkompetenztraining schon in der Ausbildung von Erzieher*innen und Lehrkräften sowie verpflichtende Fortbildungsangebote. Vor allem seien mehr interaktive und partizipative digitale Bildungsformate nötig, an denen sich die Zielgruppen selbst beteiligen und miteinander interagieren können.

Doch Fachkompetenz und passende Bildungsformate reichen nicht – gerade im digitalen Raum müssen Sicherheit und Rechtsnormen gestärkt werden. Maximilian Funke-Kaiser (digitalpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion) verwies auf die



Moderatorin Merle Becker, MdB Saskia Esken und MdB Petra Pau (v. l. n. r.). Bild: Andi Weiland



MdB Maximilian Funke-Kaiser (l.) und MdB Marlene Schönberger (r.). Bild: Andi Weiland

Möglichkeit, Straftaten aus dem digitalen Raum zu melden. Bürger*innen und insbesondere junge Menschen sollten dazu ihre Rechte im Internet kennen.

Ähnlich sah es die SPD-Bundestagsabgeordnete Saskia Esken: Überzeugte Demokrat*innen bräuchten die Erfahrung, dass sie das Recht schützt, wenn sie sich frei im Rahmen des Grundgesetzes äußerten. Daher solle das Digitale nicht nur dystopisch gesehen werden, sondern auch als Chance für die Demokratie. Prof. Dr. Roman Poseck, Hessischer Justizminister, vertiefte den rechtlichen Aspekt, indem er Möglichkeiten und Grenzen des Strafrechts in der Bekämpfung von Hass, Hetze und Desinformation aufzeigte.

Eine Brücke zur praktischen Bildungsarbeit schlug Dr. Tobias Fernholz, Leiter des bpb-Förderprogramms „Demokratie im Netz“, der die Zielsetzung des Programms erläuterte und einzelne Praxisbeispiele vorstellte.

Wie politische Bildung und Medienbildung gemeinsam Demokratie stärken können, zeigten eindrucksvoll Einblicke von Anna-Lena von Hodenberg, Geschäftsführerin der HateAid gGmbH, Daniel Hildebrand, Projektleiter News Caching der medienblau GmbH, und Vicky Lessing von Hidden Codes, einem Projekt der Bildungsstätte Anne Frank e.V.

Als Resümee bleibt festzuhalten: Politische Bildung braucht Medienbildung, um die Kompetenz zu vermitteln, mit der künstlich erstellte, gefälschte oder in falschem Zusammenhang dargestellte Elemente entlarvt werden können. Und Medienbildung braucht politische Bildung, um das Bewusstsein zu schärfen, welche Herausforderungen für das demokratische Gemeinwohl durch Filter-Bubbles und Desinformation entstehen. So können politische Bildung und Medienbildung gemeinsam einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, Demokratie vor den Gefahren der digitalen Welt zu schützen. —

mepodi: Kurz erklärt

Die Fachtagung fand am 30. März 2023 in der Hessischen Landesvertretung in Berlin als Teil der Reihe *mepodi: Medienbildung – politisch und digital* statt. Diese wird von der AKSB seit über zehn Jahren in Kooperation mit der Katholischen Akademie in Fulda, der Medienanstalt Hessen und der Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz getragen. In diesem Jahr war sie Teil des AKSB-Projekts *Aus Erfahrung gut?!* im bpb-Förderprogramm „Demokratie im Netz“.

Ein kleiner Wermutstropfen der erfolgreichen Tagungsreihe: Nach mehrjähriger Zusammenarbeit war die Clearingstelle Medienkompetenz zum letzten Mal an der Kooperation beteiligt.

Der internationale Bereich wird ausgebaut

Innerhalb eines Dreivierteljahres haben Martina Cessan und Anette Bickel – unser AKSB-Duo „Internationales“ – bereits einiges gemeistert. Dazu zählen insbesondere eine geplante Studienreise und ein mehrjähriges Projekt.

Im März 2023 besetzte die AKSB die Stelle „Referentin für internationale politische Bildung“ mit Martina Cessan neu. Nach knapp einem Monat lag bereits die digitale Jahreskonferenz des deutsch-israelischen Jugendaustauschs von ConAct hinter ihr. Sie schloss den ersten Verwendungsnachweis für das FEB-Programm von Engagement Global ab, begann mit der Einarbeitung in das FEB-Programm mit dem Schwerpunkt entwicklungspolitische Bildungsarbeit und in das Programm des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW). Zudem wählten die Träger des DPJW Martina in ihre AG „Richtlinien“.

Da sich die langjährige Mitarbeiterin Cornelia Ockenfels neuen beruflichen Herausforderungen stellte, erfolgte der Wissenstransfer jedoch nur in Teilen. Mit ihrem Weggang mussten die strategischen Überlegungen zum Ausbau des Ressorts „Internationales“ vorerst beiseitegeschoben werden, um den Fokus zunächst auf die laufenden und anstehenden Projekte zu legen. Hierzu gehörten im Wesentlichen zwei Förderprogramme: FEB und DPJW.

Zu den Aufgaben zählten zum einen der Verwendungsnachweis des Jahres 2022 und eine vertiefte Prüfung für den Projektzeitraum 2020/2021. Zum anderen musste ein Antrag für ein dreijähriges Projekt im FEB-Programm gestellt werden. Dafür entwickelte Martina Cessan den Programmtitel „Endspurt 2030: Auf dem Weg zur Umsetzung der Agenda 2030 – Bestandsanalyse, Anpassungen, Zukunftsperspektiven“, ebnete den Weg zur Vorantragstellung in der ONZUMA und legte sieben Projektziele fest, von denen jedes beantragte Projekt der AKSB-Träger mindestens drei Ziele erreichen soll. Der Antrag wurde bewilligt, so dass die AKSB die Fördermittel erstmalig für die kommenden drei Jahre sicherstellen konnte.

Auch im DPJW-Programm tat sich einiges. Nach zwei Jahren Corona-Zwangspause stieg die Nachfrage nach Fördermitteln im Jahr 2023 besonders stark. So kam es, dass bereits im Juni 2023 die För-

dermittel ausgeschöpft waren. Ein paar Projekte im schulischen Austausch landeten dadurch sogar auf der Warteliste.

Die Beratung der Antragsteller*innen, die Bearbeitung der Anträge und die Abrechnungen in den verschiedenen Förderbereichen ließen kaum Gelegenheit für strategische Überlegungen. Das änderte sich im August 2023, als Anette Bickel die Stelle der „Mitarbeiterin für internationale politische Bildung“ bei der AKSB übernahm. Im Team konnten und können die Aufgaben deutlich besser verteilt werden.

Gemeinsam nahm das „Duo Internationales“ am „Info- und Vernetzungstag zum internationalen Jugend- und Schulaustausch und zur europäischen und internationalen Jugendarbeit“ im September 2023 in Düsseldorf teil und richtete im November die Fachtagung *Qualität und Wirkung in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit: „Jugendbeteiligung in der Umsetzung der Agenda 2030“* aus. Die digitale Veranstaltung bot einerseits Raum für den Austausch der beteiligten AKSB-Mitglieder, andererseits mit einem Beitrag von Aylin Lehnert und Stefan Rostock (beide Germanwatch e.V. s. auch S. 32) Input zum Thema „Wirksame Jugendbeteiligung in der Umsetzung der Agenda 2030“.

Außerdem war es möglich, zwei weitere Projekte zu konzipieren und durchzuführen. Zum einen wurde in Zusammenarbeit mit Leonie Reif (Jugendakademie Walberberg) aus dem AKSB-Schwerpunkt *Sozial-ökologische Transformation* eine Bedarfsabfrage zum Thema „Internationales“ unter den Mitgliedern durchgeführt, um das Beratungs- und Förderangebot in Zukunft auf deren Bedürfnisse zuzuschneiden. Zum anderen konnten die Planungen einer deutsch-polnischen Studienreise gemeinsam mit dem Jugendhaus Düsseldorf starten. Die Reise wird im Sommer 2024 nach Danzig führen – mehr dazu dann im kommenden Jahresbericht. ■



Martina Cessan (l.) und Anette Bickel (r.) sind in der AKSB für die internationale politische Bildung zuständig. Bild: AKSB



Verschwörungsideologien in Gesellschaft und Bundeswehr

Wer unseren Staat schützt, steht auch hinter ihm. Sollte man meinen. Dass aber auch in der deutschen Exekutive Tendenzen jenseits der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu finden sind, ist mittlerweile bekannt. Und war Inhalt einer Fachtagung.

In den vergangenen Jahren gab es vermehrt Berichte darüber, dass sich auch Angehörige von Bundeswehr und Polizei für Verschwörungsnarrative interessieren oder ihnen gar anhängen. Diese Entwicklungen sind besorgniserregend, da Verschwörungserzählungen dazu führen können, dass Personen oder Gruppen als Feinde betrachtet werden, was zu einer Entsolidarisierung und einem erhöhten Konfliktpotential und somit zu einer ernsthaften Gefahr für die Demokratie führen kann.

Daher bot die jährliche Fachtagung *Politische Bildung – Zusammenarbeit mit Bundeswehr, katholische Militär- und Polizeiseelsorge* in der Katholischen Akademie des Bistums Fulda Ende August 2023 die Gelegenheit, sich über die Bedrohung durch verschwörungsideologisches Gedankengut zu informieren und zu diskutieren, welche präventiven Maßnahmen ergriffen und Bildungsangebote konzipiert werden können, um diesem Problem entgegenzuwirken.

Dazu gab Sylvia Weiß (Interdisziplinäres Zentrum für Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung e.V.) eine Einführung, wie sich Verschwörungserzählungen erkennen lassen und wie man ihnen begegnen kann. Mit einem Input am Beispiel der „Delegitimierung des Staates“ vertiefte Dr. Kai Hirschmann vom Zentrum Innere Führung die Informationen zu Verschwörungsideologien innerhalb der Bundeswehr. Diesem Hintergrundwissen schloss sich eine Vorstellung verschiedener Beratungs- und Präventionsangebote an. Wie Bildungsangebote mit dem Thema umgehen können, schilderte Karin Reisige vom Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath.

Diese Informationen waren die Grundlage für die anschließende Diskussion der knapp 30 Teilnehmenden. Das Ziel: Kooperationspartner*innen und Wege zu den Zielgruppen finden, Zusammenarbeit zwischen Bildungsanbietern und Polizei sowie Bundeswehr stärken, hilfreiche Bildungsangebote entwickeln. —

Kirche im Kolonialismus aufarbeiten

Kunstraub, Versklavung, Völkermord: Allmählich wird Kolonialgeschichte aufgearbeitet. Auch die Kirche hatte in diesem unrühmlichen Kapitel ihre Finger im Spiel – und muss erneut einen kritischen Blick auf sich richten. Mit einer Fachtagung zum Thema wurde der Stein ins Rollen gebracht.

Möglicherweise wollten die meisten Missionare tatsächlich nur das Wort Gottes in die letzten Winkel der Erde bringen und waren überzeugt, mit besten Absichten zu handeln. Nichtsdestotrotz waren auch sie nicht selten an der Ausbeutung anderer Menschen und Kulturen beteiligt. Keine Frage, dass die Rolle der Kirche während des Kolonialismus aufgearbeitet werden muss. Keine Frage auch, dass diese Aufarbeitung von innen heraus angestoßen werden sollte, um wirklich glaubwürdig zu sein. Damit ist politische Bildungsarbeit in katholisch-sozialer Trägerschaft in ihrem innersten Wesen angesprochen.

Die Kooperationsveranstaltung der AKSB, der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland (KEB), der

Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Akademien und erstmals auch des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) hat nun einen Anfang gemacht und im Rahmen der Fachkonferenz *Interkulturelle/interreligiöse Bildung* im Frankfurter Haus am Dom Mitte September 2023 mit rund 15 Personen unter dem Titel „Postkolonialität und christlich-muslimischer Dialog“ getagt.

Dies war der Anstoß für eine weitere Veranstaltung: Auf dem Katholikentag 2024 wird die Podiumsdiskussion „Decolonize Church“ das Thema weiterverfolgen und im größeren katholischen Kontext sichtbar machen. —

Ein Thema – Zwei Zielgruppen

Es ist eines der wichtigsten Themen der AKSB-Geschäftsstelle: Die Weiterleitung von Fördermitteln. Wir möchten innerhalb der AKSB-Mitgliedseinrichtungen sowohl die Mitarbeiter*innen im Finanzwesen, als auch im inhaltlichen Bereich auf dem aktuellen Stand halten. Neben Formaten wie Onlineschulungen gibt es für die verschiedenen Zielgruppen Fachtagungen.



Die Teilnehmer*innen der Verwaltungsfachtagung 2023 auf den Stufen der Katholischen Akademie des Bistums Fulda.

Bild: AKSB

Verwaltungsfachtagung

Für die Finanz- und Verwaltungsmitarbeiter*innen unserer Mitgliedseinrichtungen findet jedes Jahr die *Verwaltungsfachtagung* statt. Dabei handelt es sich um ein jährliches Angebot in Kooperation mit der Akademie Klausenhof. 2023 fand die Tagung vom 19. bis 21. Juni in der Katholischen Akademie des Bistums Fulda statt.

Die Tagung vermittelt den Verwaltungsmitarbeiter*innen Förderkriterien, Neuerungen und Informationen aus der Richtlinienförderung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und den Förderprogrammen Kinder- und Jugendplan (KJP) des BMFSFJ, KJP International, Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW) sowie dem von Engagement Global koordinierten Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB). Anhand von praktischen Beispielen aus der Förderdatenbank ONZUMA wurde gezeigt, wie die Vorgaben dort

umgesetzt werden sollen, welche Fallstricke es gibt und wo noch Optimierungsbedarf bei der Antrags- und Nachweiserstellung besteht.

Um uns noch einmal besonders auf vertiefte Prüfungen der Zuwendungsgeber vorzubereiten, haben wir uns dieses Mal intensiv mit dem Thema Auftragsvergaben nach öffentlichem Vergaberecht beschäftigt. Annika Breuer gab als AKSB-Mitarbeiterin Einblicke in die politische Bildungsarbeit. Ein Block zu Visualisierungen kitzelte die kreativen Seiten heraus, eine Einheit zum agilen Arbeiten bot Ideen für fluide Arbeitskonzepte. Da die AKSB-Veranstaltungen sich ansonsten an die Bildungsreferent*innen richten, freuen wir uns jedes Jahr besonders auf dieses Format, da wir hier auf das Herzstück der Förderung zugreifen, ohne das politische Bildungsarbeit gar nicht erst entstehen würde. ■



Knapp 60 Personen nahmen an der Kooperationskonferenz 2023 im Bonner Uniclub teil. Bild: AKSB

Kooperationskonferenz

Die *Kooperationskonferenz* („KoKo“) richtet sich vor allem an Referent*innen für politische Bildung. Anfang Juni 2023 fand die KoKo im Bonner Universitätsclub statt, um Grundlinien der Förderung der politischen Erwachsenen- und Jugendbildung zu erörtern und Vorschläge für die Gestaltung der weiteren politischen Bildungsarbeit in der AKSB zu entwickeln. Zu Beginn stellte unsere Geschäftsführerin Andrea Rühmann die kommende Richtlinienreform der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) vor, die deutliche Erleichterungen zu dem bisherigen Prozedere verspricht.

Ein besonderer Fokus wurde im Anschluss auf die politische Bildungsarbeit nach Corona gelegt: Vertreter*innen der Mitgliedseinrichtungen Nell-Breuning-Haus (Herzogenrath), Jugendakademie Walberberg (Bornheim), Caritas-Pirckheimer-Haus (Nürnberg) und der Akademie am Tönsberg (Oerlinghausen) berichteten über die Schwierigkeiten,

aber auch die Good-Practice-Beispiele bei der Akquisition von Teilnehmenden in der Zeit nach Corona. Um die Bildungsarbeit wiederaufzunehmen, war es demnach wichtig, dass der Kontakt zu den jeweiligen Zielgruppen während der Pandemie auf unterschiedlichen Kommunikationskanälen aufrechterhalten wurde. Digitale Experimente und neu ausprobierte digitale Formate haben sich zu ständigen Angeboten entwickelt und sind jetzt fester Bestandteil der Bildungsarbeit. Auch die große Nachfrage zu den Themen Zivilcourage, Solidarität und Cybermobbing blieb nach Corona erhalten, da hier offensichtlich ein entsprechendes Angebot im Schulbereich fehlt. Dennoch: Die aufsuchende politische Bildungsarbeit bleibt eine Herausforderung und ist personalintensiv. Tipps zur Zielgruppenakquisition nach Corona aus dem Angebot der bpb steuerte Daniel Kraft, Leiter der dortigen Stabsstelle Kommunikation, bei.

Was die Krisen für die politische Bildungsarbeit bedeuten

DiDaSKo – das ist für viele innerhalb der AKSB vor allem: Die Anlaufstelle für passende didaktische Methoden. Aber gerade, wenn es darum geht, Trends wahrzunehmen und auf die praktische Bildungsarbeit anzuwenden, ist das DiDaSKo-Duo unverzichtbar. Die beiden Zuständigen Ulrike Maqua und Thorsten Gonska fassen das Jahr 2023 zusammen.

In den vergangenen drei Jahren erlebte die außerschulische Bildungsarbeit einige Veränderungen, die zu großen Herausforderungen geworden sind. Und selbst wenn der eigentliche Auslöser schon gemeistert ist, so bestehen noch erhebliche Auswirkungen auf die aktuelle Arbeit.

Als im Frühjahr 2020 die Bildungseinrichtungen aufgrund der Pandemie schließen mussten, hatte dies enorme Effekte auf die Einrichtungen der AKSB, die auch zwei Jahre nach Ende der Kontaktbeschränkungen noch nachwirken. Gerade in der Jugendbildung werden häufig freie Mitarbeitende eingesetzt, die sich noch im Studium befinden und die Tätigkeiten in den Bildungseinrichtungen nutzen, um Erfahrungen zu sammeln. Da es in den Coronajahren aber nicht möglich war, diesen Tätigkeiten nachzugehen, fehlten im vergangenen Jahr viele freie Mitarbeitende in den Einrichtungen. Verschärft wurde die Situation noch durch den Generationenwechsel und die hohe Personalfuktuation bei den hauptamtlichen Bildungsmitarbeitenden, sowie die Abwanderung von Projektstelleninhabenden durch eine unsichere Finanzierungssituation.

Unterstützen konnte die DiDaSKo die Mitgliedseinrichtungen bei dieser Herausforderung durch Schulungsangebote, etwa bei der Unterstützung von AKSB-Angeboten, wie dem *Grundkurs politische Bildung* (S. 24).

Mit dem Rückgang von öffentlichen Mitteln im vergangenen Jahr zeigt sich, dass diese Kürzungen vor allem auch Modellprojekte betreffen werden. Als Folge zeichnet sich ein Innovationsstau ab. In der Regelförderung ist die Fortentwicklung von innovativen Methoden und Konzepten nur sehr bedingt möglich. Digitalisierung, das veränderte Bildungsverhalten der Teilnehmenden und die gewünschte Erschließung neuer Zielgruppen werden damit zu einer Herausforderung, die ein einzelnes Bildungshaus kaum noch alleine bewältigen kann. Umso wichtiger ist es, dass die Koordinierenden der Fachdidaktik hier unterstützend tätig sind. Neben der Entwicklung von neuen Methoden ist auch die Vernetzungsarbeit hierbei von immer größerer Be-

deutung. Die Zusammenarbeit mit der BAG KJS in der „AG Demokratiebildung“ bietet der AKSB einen Zugang zu Jugendlichen in der Jugendberufshilfe und in der offenen Kinder- und Jugendarbeit und damit zu Zielgruppen, die bisher in der außerschulischen Jugendbildungsarbeit nicht erreicht wurden.

Mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine und der folgenden Energiekrise stiegen die Inflation und damit auch die Kosten für die Durchführung von außerschulischen Bildungsangeboten. Auch wenn im vergangenen Jahr die Kürzungen der Regelförderungen verhindert werden konnten, bedeutet eine gleichbleibende Förderung in der Realität eine Verringerung der Angebote, während gleichzeitig die demokratischen Strukturen immer weiter unter Druck geraten. Gestiegene Personalkosten führen im Jahr 2024 zu einer Reduzierung geförderter Infrastrukturstellen. Unter diesen Vorzeichen war es im Jahr 2023 ein wichtiger Bestandteil der Arbeit, für eine adäquate Finanzierung zu werben. Kampagnenarbeit und der Dialog mit politischen Entscheider*innen waren daher unverzichtbar. Gleichzeitig führte diese Tätigkeit zu einer weiteren Reduzierung der Zeitressourcen für die inhaltliche Arbeit.

Denn neben diesen strukturellen Herausforderungen für die außerschulische Bildungsarbeit war auch die inhaltliche Arbeit 2023 nicht einfach. Nach dem Anschlag der Hamas auf den israelischen Staat entflammte in Deutschland der Antisemitismus neu und Verschwörungserzählungen loderten verstärkt wieder auf. Themen, die durch Bildungsarbeit eingedämmt werden können, die aber auch ein rasches Handeln der politisch Bildenden erfordern. Entsprechend hoch waren die Anfragen nach Methoden für die Seminararbeit in diesen Themenfeldern. Denn mit den zuvor beschriebenen Herausforderungen wird es schwieriger im Alltag schnell auf neue Krisen zu reagieren. Innerhalb der Arbeitsgemeinschaft ist es deshalb eine immer wichtiger werdende Aufgabe, die Arbeit der Mitgliedseinrichtungen durch eine zentrale Servicestelle für Methoden und Konzepte zu unterstützen. ■

The Day after Democracy

Die Welt, wie wir sie kannten, existiert nicht mehr. Welche Krisen genau dafür gesorgt hatten, ist nicht ganz klar. Aber eines ist sicher: Die Überlebenden müssen eine neue Gesellschaft aufbauen.

So lässt sich die Idee des Spiels *The Day after Democracy* zusammenfassen, das die AKSB-Einheit DiDaSKo im Jahr 2023 entwickelt hat. In der Geschichte des Spiels geht man davon aus, dass der Untergang unserer Gesellschaften mit einem großen Hackerangriff begonnen hat, der das Internet in Nordamerika für zwölf Wochen ausschaltete. In der Folge nutzten Populist*innen die Situation für Umstürze in mittel- und südamerikanischen Ländern. Klimaaktivist*innen gingen vereint gegen die Ölindustrie vor und sabotierten mehrere Ölförderstätten. Mit der Folge, dass der Transport von Lebensmitteln für den globalen Markt unbezahlbar wurde und es zu großen Hungersnöten mit Millionen von Opfern kam. Soziale Unruhen in einer der größten Volkswirtschaften endeten in gewalttätigen Auseinandersetzungen und brachten den Welthandel endgültig zum Erliegen. Als am Ende eine militante Vereinigung ein Atomraketen-silo unter ihre Gewalt brachte und versehentlich eine Rakete startete, war es endgültig vorbei. Die verbliebenen Armeen dieser Welt zündeten alle nacheinander das an Raketen und Marschflugkörpern, was sich noch in ihren Arsenalen befand. Und es war einfach nur Glück, dass viele

Atomwaffen nicht mehr zündeten oder schlichtweg schon auseinandergefallen waren. Doch die konventionellen Waffen hatten den Großteil der Städte vernichtet.

Das Spiel beginnt drei Monate später. Einige wenige Menschen haben sich in einen Bunker am Rande des Regierungssitzes gerettet. Die Lebensmittel gehen zu Ende und so beschließt man, das Risiko einzugehen und die Tür nach außen zu öffnen. In der Tat gibt es nur eine geringe atomare Belastung in der Umwelt. Aber Regierungssitz und Parlament liegen in Trümmern. Dass irgendwelche Regierungsmitglieder überlebt haben, scheint unwahrscheinlich.

Wie soll es weitergehen? Wie kann das eigene Überleben gesichert werden und wer hat noch überlebt? Gibt es noch so etwas wie eine Zivilisation? Und wenn ja: Wer steuert diese? Diese Fragen drängen sich auf, während die Überlebenden vor der Herausforderung stehen, eine Zukunft in den Trümmern der alten Welt zu gestalten...

The Day after Democracy richtet sich an Jugendliche und ist als Pen-and-Paper-Spiel (PnP) konzipiert. Ein PnP ist ein Spiel, in dem alle Mitspieler*innen einen fiktiven Charakter übernehmen. Die Eigenschaften und Entwicklungen werden mit einem Stift (Englisch: Pen) auf Papier (Englisch: Paper) notiert. Im Anschluss wird gemeinsam mit diesen Charakteren eine Geschichte gestaltet. Ein gemeinsames Regelwerk gibt vor, wie etwa Entscheidungen getroffen werden können. Um nicht wirklich kämpfen zu müssen, wird der Ausgang einer Auseinandersetzung „erwürfelt“.

Um *The Day after Democracy* zu spielen, ist ein Regelwerk nötig, die zugehörigen Charakterbögen, einige Mitspieler*innen, ein Würfel mit sechs Seiten und Fantasie. Eine Spielleitung sorgt dafür, dass die Regeln eingehalten werden, beschreibt die Situation und führt durch das Spiel. Allerdings ist das Spiel derzeit in der Beta-Version. Auf der AKSB-Jahrestagung Ende November 2023 konnte es bereits ausprobiert werden. Nun wird es noch mehrfach durchgespielt, auf Stimmigkeit, Ecken und Kanten kontrolliert und feingeschliffen. Damit *The Day after Democracy* bald marktreif ist und von vielen Interessierten gespielt werden kann.



The Day after Democracy in der Erprobung mit Jugendlichen. Bild: AKSB

Die Zeit zu handeln ist JETZT

Die Klimakrise sollte Thema Nummer eins sein, doch tritt sie derzeit in den Hintergrund. Robert Kläser, Leiter des Schwerpunkts *Sozial-ökologische Transformation*, erklärt, was die Gründe dafür sind, wie die Bildungsarbeit darauf einwirken kann und warum für die Transformation ein ganzheitlicher Ansatz nötig ist.

Der 6. Sachstandsbericht „Climate Change 2023: Synthesis Report“ des IPCC (Inter-governmental Panel on Climate Change) hat am 20. März 2023 schonungslos veranschaulicht, dass die Klimakrise rasant an Fahrt aufgenommen habe und das 1,5-Grad-Ziel kaum noch zu erreichen sei. Des Weiteren treffe die Klimakrise immer die Schwächsten, so seien insbesondere die Menschen, die am wenigsten zur Klimakrise beitragen, am stärksten betroffen. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die nächsten Jahre entscheidend seien. Das IPCC drängt, denn es bleibt nur noch ein immer kleineres Fenster, um zu agieren.

Angesichts dieser düsteren Zukunftsszenarien müsste die Klimakrise eigentlich das beherrschende Thema sein, zumal es ein Querschnittsthema ist, das nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche betrifft. Aber hier liegt auch schon ein Grund für die geringer werdende Aufmerksamkeit: Zur Bekämpfung der Klimakrise muss an zahlreichen Stellschrauben wie der Ernährung, Mobilität, Energie, Wohnen, u. v. m. etwas verändert werden. Das führt schnell dazu, die Verantwortung von sich selbst auf andere wegzuschieben.

Die Klimakrise muss sich in Zeiten von Polykrisen, die um die Aufmerksamkeit der Menschen konkurrieren, gegen aktuelle erschütternde Krisen durchsetzen. Sie gerät dabei – zunehmend – in den Hintergrund. Verantwortlich dafür sind die Faktoren Zeit und Raum, wie auch das Interview auf Seite 26 mit Stefan Rostock verdeutlicht. Viele Auswirkungen unseres Handelns sind derzeit nicht direkt und vor Ort spürbar. Auf anderen Kontinenten hingegen, wo der Bevölkerung die Lebensgrundlage durch fehlendes Wasser oder andere Klimaveränderungen bereits entzogen wird, sind heute schon viele Auswirkungen unseres Verhaltens sichtbar.

Hieran wird auch ein weiteres Problem der Klimakrise deutlich: die globalen und komplexen Zusammenhänge.

Das CO₂, das wir in Deutschland emittieren, führt zu Auswirkungen in anderen Erdteilen. Die Emissionen entstehen lokal, die Folgen aber werden von der globalen Gemeinschaft getragen. Dabei geht es nicht nur um ökologische Herausforderungen, sondern auch um soziale. Wie wichtig es ist, beide Eigenschaften gleichberechtigt und miteinander einzubringen, zeigte sich exemplarisch am inhaltlich unbestrittenen Gebäudeenergiegesetz. Die mangelnde Sensibilität für die sozialen Folgen – sprich: finanziellen Belastungen – ließen den Gesetzentwurf kolossal scheitern. Ein gefundenes Fressen für all die, die das Soziale gegen die unbeliebten ökologischen Erfordernisse ausspielen.

Problematisch sind auch die strukturellen Rahmenbedingungen, die häufig falsche – nicht-nachhaltige – Anreize setzen. Und auch das zunehmende Wissen über ökologische und soziale Nachhaltigkeit führt leider nicht automatisch zu einem nachhaltigen Verhalten (Mind-Behaviour-Gap). Die Appelle an das individuelle Verhalten reichen nicht aus, die notwendigen Schritte zum Klimaschutz einzuleiten. Es braucht vor allem strukturelle Änderungen, oder konkret: Wir müssen vom ökologischen Fußabdruck zum ökologischen Handabdruck kommen (s. Interview S. 26).

All diese Faktoren führen dazu, dass die Klimakrise gegen die Polykrisen mit den bedrückenden Bildern aus Israel und dem damit verbundenen zunehmenden Antisemitismus in der Gesellschaft, den grausamen Angriffen Russlands im Krieg gegen die Ukraine, den Rekordumfragen für die AfD sowie der ungewissen wirtschaftlichen Situation in Deutschland kaum bestehen kann. Angesichts der ökologischen Dramatik und der sich breitmachenden Resignation ist umso mehr von der politischen Bildung gefordert, entschlossen zu handeln und Kommunikationsstrategien gegen Desinformation zu entwickeln, um anstehende Veränderungen zu benennen, Einflüsse, Zusammenhänge und





Unsere Emissionen haben weltweite Folgen. Bild: unsplash.com/Markus Spiske

Folgewirkungen aufzudecken. Gerade mit jungen Menschen wären grundlegende Kompetenzen für Entscheidungen und Gestaltungsoptionen zu erarbeiten, auch damit Transformationsprozesse nicht weiter als Bedrohung wahrgenommen, sondern auch als Chance be- und ergriffen werden.

Ein Beispiel aus der Bildungsarbeit mit Jugendlichen innerhalb der AKSB ist das Seminar „Biodiversität sozial denken“ der Stiftung Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal (IBZ). Der Bericht dazu auf Seite 27 macht deutlich, dass ökologische Themen vielschichtiger sind als der starre Blick auf den CO₂-Ausstoß. Und nicht nur für Gymnasiast*innen interessant sind, sondern sich ebenso mit Förderschüler*innen erarbeiten lassen. Gerade für die Transformation ist es gewinnbringend, wenn alle Zielgruppen Bildungsangebote erhalten.

Der AKSB-Schwerpunkt *Sozial-ökologische Transformation* hat sich 2023 mit dem Whole-Institution-Approach beschäftigt. Der Whole-Institution-Approach verfolgt einen ganzheitlichen Bildungsansatz. Das bedeutet, dass sozial-ökologische Transformation nicht nur ein Querschnittsthema in der Bildungsarbeit ist, sondern auch der Betrieb und das Verhalten der gesamten Institution darauf ausgerichtet ist. Mit der Entwicklung eines Kriterienkatalogs zum Whole-Institution-Approach innerhalb der AKSB versucht der Schwerpunkt, einen effektiven Beitrag zur Vermeidung der Klimakrise zu leisten. Der Kriterienkatalog gibt den Mitgliedseinrichtungen eine Hilfestellung bei der Umsetzung und versucht gleichzeitig auf der Ebene der bundesweiten Zusammenarbeit der Mitgliedseinrichtungen, sozial-ökologische Standards zu setzen. Es ist folglich noch viel zu tun, aber dies ist für die Mitwirkenden im Schwerpunkt *Sozial-ökologische Transformation* kein Grund zur Resignation. Die Zeit zu handeln ist JETZT.

Bildungsziel: Die nachhaltige Option als Selbstverständlichkeit

Wiebke Thomas aus dem Schwerpunkt Sozial-ökologische Transformation sprach mit Stefan Rostock über die Rolle politischer Bildungsarbeit im Umgang mit der Klimakrise.

Wiebke Thomas: Was ist derzeit das drängendste Problem mit Blick auf die Klimakrise und die daraus erwachsende Verantwortung?

Stefan Rostock: Die unzureichende Reaktion der Weltgemeinschaft, der einzelnen Staaten und Deutschlands auf die Klimakrise sehe ich als die größte Herausforderung. Die Irreversibilität von manchen Veränderungen wollen viele nicht wahrhaben. Wir brauchen deshalb mehr Vorsorge als Handlungsmaxime. Die zweite große Herausforderung ist die Ungerechtigkeit der Klimakrise. Die großen Verursacher*innen (Staaten und Personen) sind noch zu wenig auf Klimaschutzkurs, während Ärmere und vor allem Menschen im globalen Süden unter den Folgen der Klimakrise und manchmal auch der Klimapolitik leiden. Gerade die reichen Staaten tragen große Verantwortung hin zu mehr Klimaschutz und Klimagerechtigkeit.

So wird nachhaltiges Verhalten für alle einfacher und näherliegender. Ziel ist es, dass in allen Entscheidungssituationen die nachhaltige Option die selbstverständliche ist.

Thomas: Der Ukrainekrieg oder der Rechtsruck in Deutschland und Europa überlagern die Klimakrise. Viele Menschen in Deutschland interessieren sich

wenig oder zunehmend weniger dafür. Wie können diese Menschen erreicht werden?

Rostock: Hier wird immer deutlicher, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung auch Demokratiebildung ist.

Im UNESCO-Programm „BNE2030“ sind Entscheidungsträger*innen die erste Zielgruppe von BNE. Durch Bildungsarbeit im realen politischen Raum werden Menschen befähigt und begeistert, an der Gestaltung des Gemeinwesens mitzuwirken. Dafür brauchen wir mutigere Bildungsarbeit und mehr echte Beteiligungsformate.

Thomas: Hand aufs Herz, was denkst du, was die politische Bildungsarbeit bewirken kann?

Rostock: Politische Bildungsarbeit schafft Verständnis für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, sie befähigt dazu, andere Positionen kritisch zu hinterfragen und darüber mit gegenseitigem Respekt ins Gespräch zu kommen. Vor allem befähigt sie zur mündigen Mitgestaltung. Gemeinsame Aktionen für soziale oder ökologische Anliegen bedeuten wichtige Selbstwirksamkeitserfahrungen und steigern so das eigene Selbstbewusstsein für künftiges Engagement.

Thomas: Vielen herzlichen Dank!



Stefan Rostock ist Leiter des Bereichs Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) bei Germanwatch. Bild: privat

Der Handabdruck schafft eine positive Möglichkeit, sich für mehr Nachhaltigkeit einzusetzen.

Er ermutigt im Gegensatz zum ökologischen Fußabdruck dazu, sich verstärkt politisch einzumischen und die gesellschaftlichen Strukturen aktiv mitzugestalten.



Quelle: germanwatch.org

Thomas: Im Bereich BNE habt ihr bei Germanwatch das Konzept des Handabdrucks entwickelt, damit sich das gesellschaftliche und politische Engagement vergrößert. Was macht den Handabdruck so erfolgreich?

Rostock: Bildungsarbeit zum ökologischen Fußabdruck sensibilisiert, führt aber kaum zu gesellschaftlichen Veränderungen. Bildungsarbeit für ein Engagement mit dem Handabdruck „empowert“ Menschen dazu, in ihrem Wirkungskreis Strukturen hin zu mehr Nachhaltigkeit bleibend zu verändern.

Biodiversität sozial denken – Jugendliche werden aktiv

Viele Bildungsangebote rund um nachhaltige Entwicklung richten sich an Personen mit umfassendem Hintergrundwissen. Das Internationale Begegnungszentrum St. Marienthal (IBZ) in Ostritz entwickelt dagegen Bildungsangebote speziell für junge Menschen mit dem Förderbedarf „Lernen“. Georg Salditt, Abteilungsleiter Natur und Umwelt am IBZ, fasst den im wahrsten Sinne ausgezeichneten Ansatz zusammen.

Klimakrise und Biodiversitätskrise sind zwei Seiten einer Medaille. Wir Menschen achten zu wenig auf unsere Mitgeschöpfe und unsere Umwelt. Um hier eine sozial-ökologische Transformation zu erreichen, ist es wichtig, als Bildungseinrichtung mit gutem Beispiel voranzugehen und alle Menschen mitzunehmen. Viele Projekte und Aktivitäten richten sich an das Bildungsbürgertum sowie an Jugendliche aus Gymnasien und Hochschulen. Die Zielgruppe der jungen Menschen mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf „Lernen“ wird von der Bildung für nachhaltigen Entwicklung (BNE) stark vernachlässigt, ist aber für eine nachhaltige Transformation der Gesellschaft sehr wichtig. Seit gut neun Jahren entwickelt die Stiftung Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal (IBZ) eigene Programme mit Methoden und Material für diese Jugendlichen. In fünftägigen Workshops wird Wissen über Themen wie Klimawandel, Artenvielfalt und Boden vermittelt. Aber nicht nur Wissen, sondern auch Freude und Motivation werden vermittelt, um

hier selbst für den Schutz tätig zu werden. So ist es Ziel jedes Workshops, dass im Nachgang eigene Projekte umgesetzt werden. Die besten Projekte werden ausgezeichnet, wodurch die Jugendlichen Anerkennung erhalten und somit auch menschlich wachsen. Eine Form der Auszeichnung ist es, dass die Gruppe dann erneut ins IBZ St. Marienthal kommen darf und die besprochenen Themen vertieft. Durch die umgesetzten Projekte tragen die Jugendlichen die Themen in das eigene soziale Umfeld und folgen so dem Peer-Learning-Ansatz.

Dieses Vorgehen wurde durch zahlreiche Preise gewürdigt (u. a. Umweltpreis des Freistaates Sachsen, deutsches Projekt für den UNESCO-Japanpreis, Best-Practice-Projekt BNE vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, mehrfach UN-Dekade-Projekt, Projektvorstellung im Schlosspark Bellevue etc.).



In den BNE-Veranstaltungen geht es nicht nur raus in die Natur, sondern auch mal auf den Wochenmarkt. Bild: IBZ

Politische Bildung gegen verlockend einfache Lösungen der Neuen Rechten

Dieser Text macht Mut: Der AKSB-Schwerpunkt *Jugendbeteiligung, Demokratie und Menschenrechte* hat sich 2023 intensiv mit der Neuen Rechten befasst und mit der Frage, was nötig ist, damit sie keinen Erfolg mit ihren Phrasen und Aktionen haben. Die Schwerpunkt-Leitung Veronika Schniederalbers fasst die Ergebnisse zusammen.

Die Neuen Rechten sind im Jahr 2023 nicht mehr an Bomberjacke und Springerstiefel zu erkennen. Auch offen radikale Parolen sind seltener geworden. Beides gibt es noch, aber wesentlich größer ist die Zahl derer, die auf den ersten Blick gemäßigt daherkommen – im äußeren Erscheinungsbild sowie in ihren Äußerungen: Und zwar diejenigen, die Jugendkulturen nutzen und unterwandern; diejenigen, die unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit ungeheuerliche Dinge sagen; diejenigen, die erst einmal mit anderen Themen (Naturverbundenheit, zum Beispiel) kommen und ihre rechtsextreme Gesinnung erst später offenbaren. Gefährlich ist, dass viele Themen und Forderungen mittlerweile auch in der Mitte der Gesellschaft anschlussfähig sind.

Im Schwerpunkt *Jugendbeteiligung, Demokratie und Menschenrechte* haben wir uns in vielfältiger Weise mit dem Thema beschäftigt. In all unseren Treffen waren die Neuen Rechten und die Bedrohung der

Demokratie immer virulent. Egal, ob es um die politische Bildung mit unter 14-jährigen ging oder um Verschwörungserzählungen. Immer wieder stellten wir uns die Frage: Wie können wir es schaffen, dass die verlockenden einfachen Lösungen, die hier angeboten werden, kein Gehör finden? Wie können wir dem Destruktiven und Negativen der Rechtsextremen eine positive Vision von Demokratie entgegensetzen?

Einig waren wir uns, dass wir als Politische Bildner*innen dort ansetzen müssen. Natürlich ist es wichtig, Codes und Symbole der Neuen Rechten zu kennen. Natürlich ist es wichtig, sich mit der Ideologie, deren Forderungen und Strategien auseinanderzusetzen. Natürlich ist es wichtig, herauszuarbeiten, wer anfällig für populistische Parolen ist. Aber wichtiger ist dann die Frage: Was machen wir mit diesem Wissen? Die Antwort der politischen Bildung darauf muss lauten: Tu etwas! Engagier Dich! Setze Dich dafür ein – und hier bei uns kannst Du lernen, wie es geht.

Die sogenannte schweigende Mehrheit findet auf Demonstrationen gegen rechte Positionen immer wieder klare Worte. Bild: [unsplash.com/Christian Lue](https://unsplash.com/ChristianLue)



Wir müssen in unseren Angeboten – egal zu welchem Thema – immer Wege aufzeigen, wie politische Wirklichkeiten geändert werden können. Wir müssen Instrumente an die Hand geben, die unsere Teilnehmer*innen dazu befähigen, im ursprünglichsten Sinne des Wortes mündige Bürger*innen zu werden. Das fängt ganz klein an: Mit Angeboten zu Rhetorik, zur Konfliktlösung. Das geht weiter über Methoden, die Meinungsäußerung und Meinungsbildung unterstützen und dabei Diskussionskultur fördern. Und es endet mit: Wissen vermitteln – über Inhalte und Prozesse – mit Planspielen, Simulationen, Escape Games usw. Dabei müssen wir wie selbstverständlich digitale Medien und Plattformen immer mitdenken, denn hier tummeln sich nicht nur die Jugendlichen. Gerade rechtsextreme und rechtspopulistische Akteur*innen haben es verstanden, diese Tools so zu nutzen, dass sie bei jungen Menschen wirklich „in“ sind und nicht absurd anbietend wirken.

Eines der wichtigsten Themen in der Zukunft ist allerdings die Förderung einer Diskussionskultur: In einer Demokratie müssen nicht immer alle einer Meinung sein. Ganz im Gegenteil: Demokratie lebt vom Streit, vom Ringen um Positionen. Daran ist nichts Schlechtes, sondern garantiert, dass möglichst viele Meinungen und Ideen in eine Entscheidung einfließen. Streit und Diskussion gehören also dazu – die Regeln müssen nur klar sein. Ganz wichtig dabei: So getroffene Lösungen müssen dann auch akzeptiert und nicht kurze Zeit später wieder über den Haufen geworfen oder schlecht gemacht werden, um sich selbst besser darzustellen. Denn nur, wenn alle diese Regeln akzep-

tiert, funktioniert Demokratie. Und unsere Aufgabe muss es sein, diese Grundregeln demokratischen Zusammenlebens zu vermitteln.

Das Jahr 2024 wird politisch aufregend: Wahlen zum Europäischen Parlament, mehrere Landtags- und Kommunalwahlen, Wahlen in den USA und damit verbunden die große Frage, wie rechtspopulistische und autoritär-populistische Parteien und Personen abschneiden. Und die anschließenden Fragen: Was machen sie dann mit der erlangten Macht? Und wie verhält sich Zivilgesellschaft dazu? Hoffnung machen die Demos, in der sich die schweigende Mehrheit (und zum Glück ist es noch die Mehrheit) zusammenschließt und gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit auf die Straße geht. Wir als politische Bildner*innen sollten diesen Prozess unterstützen und begleiten und unsere Teilnehmer*innen dazu befähigen, sich im besten Falle in naher Zukunft nicht nur „gegen etwas“ zusammenzutun, sondern „für etwas“ auf die Straße zu gehen – also positive Forderungen in die Politik zu bringen und damit Zukunft zu gestalten.

Mitglieder in unserem Schwerpunkt werden nicht nur zu den genannten Ereignissen verschiedene Formate anbieten, sondern auch weiterhin Basisarbeit leisten – mit Rhetorikseminaren, mit S(M)V-Seminaren u. ä. Wir werden auch 2024 dafür sorgen, dass Teilnehmer*innen bei uns in geschütztem Rahmen erste Erfahrungen mit demokratischen (Aushandlungs-)Prozessen machen können, die sie in die reale Welt einbringen können.



Der Wert von Vielfalt und Demokratie als Gegengewicht zur Neuen Rechten

Charlotte Linss wirkt im AKSB-Schwerpunkt *Jugendbeteiligung, Demokratie und Menschenrechte* mit und ist Bildungsreferentin bei der Initiative Christen für Europa (ICE). Ihr Dienstsitz ist Dresden – die Neue Rechte damit immer wieder in Sichtweite.



Mit ihrer Arbeit beim ICE fördert Charlotte Linss den internationalen Austausch.
Bild: privat

AKSB: Was ist der aktuelle Stand mit Blick auf die Neue Rechte?

Charlotte Linss: Der Einfluss der Neuen Rechten ist in den ostdeutschen Bundesländern in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. So war in Sachsen die NPD zwei Mal im Landtag vertreten und die Wahrscheinlichkeit, dass bei der

Landtagswahl im September 2024 die AfD die meisten Stimmen erhält, ist aktuell sehr hoch. Rechtsextremistische Vorfälle häuften sich in Zusammenhang mit der Aufnahme Geflüchteter in den Jahren 2015 und 2016, wobei es zu Angriffen auf Unterkünfte und Politiker*innen kam. Chemnitz 2018 und das Rechtsrockfestival in Ostritz komplettieren das breite Spektrum rechter Aktivitäten in Sachsen. In Dresden gibt es auch heute noch jeden Montag von PEGIDA organisierte Demonstrationen mitten durch die Innenstadt. Abgeordnetenbüros werden angegriffen. Seit 2021 gewinnt die als rechtsextrem eingestufte Partei „Freie Sachsen“ über soziale Medien und öffentliche Proteste Einfluss auf das politische Klima.

AKSB: Wie steht es um die demokratischen Kräfte in der Zivilgesellschaft?

Linss: Viele zivilgesellschaftliche Akteur*innen versuchen, dem Erstarken der Neuen Rechten etwas entgegenzusetzen. Das drückt sich auch in zahlreichen Demonstrationen aus, bei denen auch in ostdeutschen Städten viele tausend Menschen „gegen rechts“ auf die Straße gehen. Die „Banda Comunale“, eine internationale Band aus Dresden, unterstützt Proteste in Kleinstädten und ländlichen Regionen. An Unis und

Hochschulen in Thüringen wurden die Studis und Mitarbeitenden aufgerufen, sich rechtzeitig vor den Wahlen an ihrem Wohnort umzumelden, damit sie wahlberechtigt sind. Viele Vereine und Initiativen setzen Projekte zur Demokratieförderung um und versuchen, junge Menschen für Demokratie und eine offene, vielfältige Gesellschaft zu sensibilisieren.

AKSB: Nehmen wir das ICE als Beispiel: Wie geht die politische Bildungsarbeit damit um?

Linss: In unseren Seminaren mit internationalen Freiwilligendienstleistenden gehen wir zum einen konkret auf die Themen Menschenwürde und Menschenrechte ein und binden Workshops von externen Referent*innen zum Thema Rassismuskritik ein. Zum anderen sensibilisieren wir die Freiwilligen für die Themen Europa und Diversität, die häufig von der Neuen Rechten vereinnahmt werden. Exkursionen führen die Freiwilligen in die Europastadt Görlitz, in die Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein, wo an die Ermordung von 15.000 Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen erinnert wird, und in das Militärgeschichtliche Museum in Dresden, das die Frage nach den Ursachen und Folgen von Krieg und Gewalt stellt.

AKSB: Was kann die Arbeit der politischen Bildung bewirken?

Linss: Besonders wichtig in der Bildungs- und Begegnungsarbeit ist es, Erlebnis- und Erfahrungsräume zu schaffen, die den Wert von Vielfalt und Demokratie vermitteln: Zum Beispiel durch den Austausch zwischen jungen Menschen aus vielen verschiedenen Ländern, wodurch sich Berührungspunkte zu anderen Kulturräumen, zu anderen Weltanschauungen und Religionen ergeben. Soziales Engagement und Testimonials vermitteln Empathie. Internationale Freiwilligendienste, wie der ICE sie anbietet, nutzen diese Methoden und setzen zudem nach außen ein Zeichen, dass gelebte Vielfalt bereichert.

AKSB: Vielen Dank für das Interview!

Rechtsextremismusprävention – Was kann politische Jugendbildung tun?

Die politische Jugendbildung hat viele Möglichkeiten, Menschen gegen Rechtsextremismus zu wappnen. Jugendbildungsreferentin Jana Rolfes und Michael Engbers, Geschäftsführer und Hausleitung des Marstall Clemenswerth & Jugendkloster Ahmsen (Sögel), fassen die Ansätze zusammen.

Lange Zeit konnte die Mehrheit der Menschen das Thema „Rechtsextremismus“ als Randphänomen in die Ecke der kahlgeschorenen jungen Männer mit Bomberjacke und Springerstiefeln stellen. Negativschlagzeilen sorgten für kurzzeitige Aufschreie, staatliche Instanzen mögen sich mehr bemühen und Fachorganisationen gestärkt werden. Und dann wurde es wieder ruhig. Seit etwa zehn Jahren ist das nicht mehr möglich. Konservative Kreise radikalieren sich, zunächst werden rechtspopulistische, dann rechtsextremistische Parolen öffentlich ausgesprochen. Der der Parteipolitik vorgelagerte Raum im Netz und auf der Straße wird zur Kampfarena rechter Bewegungen, in der keine Regel des respektvollen Umgangs mehr herrscht. Nicht zuletzt nehmen Wahlergebnisse und Umfragewerte die letzte Chance, hier von einem Randphänomen zu sprechen.

Wie kann die politische Bildung hier wirken, eingreifen und demokratisches Denken und Handeln fördern? Wollen wir jungen Menschen demokratische

Überzeugungen mitgeben, dann müssen sie die Erfahrungen machen, durch die diese Überzeugungen für sie real werden.

Wie das geht, zeigen die Erfahrungen aus der politischen Jugendbildungsarbeit des Marstall Clemenswerth & Jugendkloster Ahmsen:

- ✦ **Resilienz und mentale Gesundheit fördern:** Wer verzweifelt ist, wählt eher extremistisch. Wem es gut geht, der ist eher bereit, zu differenzieren. Sich aktiv für ein demokratisches Miteinander einzusetzen, braucht mentale Gesundheit als Voraussetzung.
- ✦ **Zeitzeugen, Zweitzeugen, Aussteiger:** Sie nehmen die Distanz, berichten authentisch und machen die negativen Auswirkungen an persönlichen Beispielen deutlich. Das wirkt.
- ✦ **Kognitives Verstehen von Vorgehen und Zielen:** Um eine Sprach- und Argumentationsfähigkeit zu erlangen, braucht es Wissen. Und zwar so heruntergebrochen, dass es altersentsprechend verstanden werden kann.
- ✦ **Vielfältige Sinnesansprache:** Filme sehen, Lieder hören, Erinnerungsorte besuchen. Das Gespräch ist gut, aber es gibt noch viel mehr und es braucht verschiedene Wege. Vor allem braucht es eine emotionale Ebene.
- ✦ **Gelingende Beziehungen, Anerkennung und gegenseitiger Respekt:** Das will geübt sein. Kaum etwas ist für uns Menschen so schmerzhaft wie soziale Abwertung und Ausgrenzung. Eine gelingende Gemeinschaft zu erleben, bewirkt das Gegenteil. Es braucht die Erfahrungen, die sich emotional verankern und uns demokratiefähig machen. Wer Demokratie im Kleinen nicht kann, wird sich im Großen weniger dafür einsetzen.
- ✦ **Ab auf die Demo:** Gemeinsam aktiv werden, lernen, für die eigene Meinung einzustehen, die eigene Botschaft kreativ und mit Humor ausdrücken, erfahren, dass man damit nicht allein ist. Das bereitet Freude und gibt das Gefühl, etwas tun zu können – Selbstwirksamkeitserfahrung!



„Ab auf die Demo“ lautet ein Ansatz, den Marstall Clemenswerth & Jugendkloster Ahmsen in der Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus verfolgen. Mit Plakaten und Botschaften können Jugendliche für ihre Positionen eintreten.

Bild: Marstall Clemenswerth & Jugendkloster Ahmsen

Krisen und die Rolle politischer Bildung

Wir stehen vor vielen verschiedenen Krisen, jede einzelne scheint bedrohlich. Und zwischen allen bestehen Zusammenhänge. Mit dieser übergeordneten Ebene hat sich der Schwerpunkt Arbeit und Soziales befasst. Als Schwerpunktleitung fasst Kristina Hamm das Thema zusammen.

Das Wort „Krise“ ruft bei jedem von uns unterschiedliche Assoziationen hervor. Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie scheint eine Krise auf die nächste zu folgen, oft auf persönlicher Ebene. Wir sprechen von Krieg, steigendem Antisemitismus, Armut, fehlendem gesellschaftlichen Zusammenhalt, Einsamkeit, Zukunftsangst, Klimakatastrophe, Energieknappheit, psychischen Belastungen und sinkenden Bildungserfolgen. Wenn wir 100 Personen befragen, erhalten wir wahrscheinlich 100 verschiedene Antworten darauf, welche Krise aktuell als die schwierigste oder schlimmste empfunden wird.

All diese Situationen und Zustände haben Auswirkungen auf die politische Bildung, denn sie sind mit dem Leben und der Realität der Menschen verbunden. Wenn wir über politische Krisen sprechen, nennen viele den zunehmenden Rechtsradikalismus, Antisemitismus, Populismus, Desinformation und die Bedrohung der Demokratie. Doch diese sind nicht von den zuvor genannten persönlichen Krisen und schwierigen Situationen der Menschen zu trennen, denn es gibt Zusammenhänge zwischen ihnen.

Diese Zusammenhänge dürfen auch in der politischen Bildung nicht außer Acht gelassen werden. Wenn junge Menschen über Einsamkeit oder Zukunftsängste berichten, gibt es oft mehr als einen Grund dafür, und es sind nicht ausschließlich persönliche Probleme. Wie können wir also damit umgehen? Wie und warum sollten wir junge Menschen unterstützen, optimistisch in die Zukunft zu blicken?

Im vergangenen Jahr haben wir uns im Schwerpunkt *Arbeit und Soziales* intensiv mit diesen Themen und Fragen auseinandergesetzt. Ein wichtiger Ansatzpunkt für unsere Arbeit ist das Konzept der „Selbstwirksamkeit“. Die Förderung von Selbstwirksamkeit, die Ermunterung zur Benennung und Vertretung von Werten sowie die aktive Beteiligung sind aus unserer Sicht die wichtigsten Bausteine einer präventiven und wirksamen politischen Bildung.

Zahlreiche Studien belegen, dass besonders junge Menschen eine hohe Unzufriedenheit mit der Demokratie empfinden, insbesondere auf institutioneller Ebene. Aber nicht nur Jugendliche und junge Erwachsene, sondern auch viele Menschen in unserer Gesellschaft fühlen sich zunehmend ohnmächtig, unsicher und hilflos und sehen sich nicht in der Lage, dagegen anzukommen. Daher sollte die grundlegende Aufgabe der politischen Bildung darin bestehen, Menschen mit Fähigkeiten auszustatten, um kritisch Situationen, Nachrichten und Diskurse zu hinterfragen, eigene Standpunkte auf Grundlage demokratischer Werte zu entwickeln und darauf aufbauend wirksam zu werden – sowohl für sich selbst als auch für die Gesellschaft, für die Gemeinschaft, für Demokratie und Freiheit.

Basierend auf unseren Erfahrungen und Diskussionen im Jahr 2023 wollen wir junge Menschen durch unsere Arbeit stärken, sowohl auf persönlicher als auch auf demokratischer und gesellschaftlicher Ebene. Hierbei müssen Räume geschaffen werden, die politische Bildung nahe an den Menschen und ihren Lebenssituationen verankern, Zusammenhänge verdeutlichen und gleichzeitig praktische Erfahrungen von Selbstwirksamkeit ermöglichen.

Politische Bildung sollte nicht nur Theorie vermitteln, sondern erlebbar machen, wie Demokratie funktioniert, wie Diskurse gestaltet werden, wie man mit Konflikten und Krisen umgeht und welchen Wert eine solidarische Gemeinschaft hat, die bei der Entwicklung von Lösungen unterstützt und hilft.

Die politische Bildung, wie wir sie in unseren Einrichtungen im Dachverband der AKSB verstehen, leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie und des Zusammenhalts unserer Gesellschaft. Sie darf nicht nur als Reaktion auf neue Krisen betrachtet werden, sondern muss als grundlegender Bestandteil der Demokratie wahrgenommen und unterstützt werden.



Bild: unsplash.com/Luis Villasmil

Ohne Scheuklappen – gemeinsam respektvolle Lösungen entwickeln

Seit vier Jahrzehnten verbinden persönliche Engagements Walter Brüker mit dem Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath. Unter anderem nimmt er an Familienseminaren mit wirtschaftlich und sozial Benachteiligten teil. Im Interview mit Thomas Hohenschue beschreibt er seine Erfahrungen.

Frage: Was schätzen Sie an den Familienseminaren im Nell-Breuning-Haus?

Brüker: Das sind für mich auf vielen Ebenen besondere Momente. Erst einmal fühlen sich diese Tage wie ein kurzer Urlaub an. Ich lebe allein und werde nun für ein paar Tage bekocht und verwöhnt. Dann ist es schön, sich zwanglos mit anderen Menschen zu treffen und auszutauschen. Das ist eine gute Abwechslung zum Alltag in einem dörflichen Umfeld, in dem viele nicht über ihren Tellerrand schauen. Mir fällt es schwer, vor Ort Anschluss zu finden, weil die Menschen unter sich bleiben und wenig Neues in ihr Leben lassen.

Frage: Und bei den Seminaren ist das etwas anderes?

Brüker: Ja, in der Tat begegne ich dort Leuten, die ich auf anderem Weg kaum kennenlernen würde. Ich bin ja selbst nicht frei von Schubladendenken. Die Familienseminare im Nell-Breuning-Haus schaffen eine Atmosphäre, in der man sich mit Respekt kennenlernt und auseinandersetzt. Die Menschen sind verschieden – im Alter, in der Herkunft, im Bildungsabschluss. Aber wir begegnen uns offen, hören uns zu, behalten auch bei Meinungsverschiedenheiten eine gute Haltung. Das ist eine wichtige Alternative zu dem, was heute in der Gesellschaft los ist.

Frage: Wie meinen Sie das?

Brüker: Ich erlebe immer mehr Menschen, die in ihrer eigenen Welt leben. Sie lesen keine Zeitung mehr, hören kein Radio. Sie hängen viel im Internet und bewegen sich dort nur unter Leuten, die sich gegenseitig in ihren Ansichten bestärken. Die Familienseminare sind genau das Gegenteil dieser Blasen und Echo-kammern. Dort ist Raum, sich mit der Wirklichkeit und den Sichtweisen der anderen zu verbinden. Ich erinnere mich an einen Moment, in dem ein Teilnehmer all seine Vorurteile über Bürgergeldempfänger auspackte. Andere haben ihm dann erzählt, wie ihr Alltag zum Beispiel mit chronisch kranken oder behinderten



Walter Brüker nimmt regelmäßig an Veranstaltungen der politischen Bildung teil. Bild: privat

Familienmitgliedern aussieht. Das hat dem Teilnehmer geholfen, seinen Blick zu weiten und die Klischees hinter sich zu lassen.

Frage: Mit Corona, Krieg, Inflation und Energiekrise ist das Leben nicht einfacher geworden. Welche Rolle hat das in den Seminaren gespielt?

Brüker: Wir haben alle aufgeatmet, als wir uns wieder in den Seminaren sehen konnten. Sie unterstützen uns darin, unsere persönlichen und die gesellschaftlichen Herausforderungen zu gestalten. Wir wollen nicht in Sorgen und Angst erstarren, sondern entwickeln zusammen Lösungen. Armut lässt sich zum Beispiel durch Tauschen und Teilen lindern. Dass vieles gemeinsam geht – ja, den anderen braucht –, stärkt uns. Jeder von uns bringt seinen Blickwinkel in die Lösungen ein und dadurch kommen wir weiter. Das ist in meinen Augen eine gute Blaupause für die Bewältigung der Krisen in unserer Gesellschaft und in der Welt.

Wege zur Bewältigung von Krisenängsten

Einsamkeit, finanzielle Belastungen, Zukunftsängste: Die gesellschaftlichen Krisen führen zu vielen persönlichen Sorgen. Wie Bildungseinrichtungen dabei helfen können, beschreiben Michelle Bauer (Pädagogische Mitarbeiterin im Bereich „politische Jugendbildung“) und Martin Weimer (Geschäftsführer vom Heinrich Lübke Haus (Möhnesee)).

Die Wirkmächte der vergangenen Krisen haben Auswirkungen auf verschiedene Gruppierungen. Die Corona-Pandemie hat bestehende Problemlagen verstärkt: Die soziale Isolation und der Wegfall des sozialen Netzes waren für junge Menschen und Familien ein Problem. Besonders bei Älteren und Alleinstehenden riefen gestiegene Lebenskosten eine finanzielle Belastung und damit erhöhte Versorgungsängste hervor. Dies führte dazu, dass wir kaum Resilienzen entwickeln konnten. Welche Auswirkungen dies hat, wird in Studien wie „Extrem einsam?“ aus dem Jahr 2023 des Vereins „Das progressive Zentrum“ aufgearbeitet. Diese legt nahe, dass mit zunehmender Einsamkeit die Wahrnehmung der individuellen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft abnimmt, was zu einer Anfälligkeit für extreme politische Haltungen und einer Abnahme politischer Partizipation führen könnte.

All dies gilt es als Bildungseinrichtung zu thematisieren und das Veranstaltungsangebot danach auszurichten. Die Heimvolkshochschule (HVHS) „Heinrich

Lübke“ als Einrichtung der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) hat eine besondere Perspektive auf diese Themen und verbindet Bildung, Tagung und Ferienstätte. Aus der Tradition heraus liegt auf den Bildungsbereichen „Gesundheit“ und „Ökologie“ ein Fokus. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass diese Bereiche eine große Nachfrage haben und die Bedarfe stets weiterwachsen. Im Bereich „Gesundheit“ werden vor allem im Bildungsurlaubsformat Arbeitnehmende angesprochen. Hinter Seminaren wie „Gesund sein – resilient bleiben“ oder „Vitalität contra Stress“ steht unser Anspruch, Wege zur Bewältigung von Krisenängsten aufzuzeigen und Stress abzubauen. Die Kurse sind darauf ausgerichtet, Resilienz zu stärken und somit den Teilnehmenden zu ermöglichen, besser mit Belastungen auf individueller, aber auch gesellschaftlicher Ebene umzugehen.

Im Jugendbereich werden innerhalb der Seminare wie „Chill doch mal!“ oder „Generation Always on?!“ neben der Regeneration auch die kritische Auseinandersetzung mit sozialen Medien und dem Umgang mit Smartphones angesprochen. Medienbildung als Querschnittsthema der politischen Bildung ist hier wichtig, da dieser Themenkomplex einen immer größeren Teil der Lebensrealität junger Menschen ausmacht. Hier wird darauf Wert gelegt, die Komplexität neuer Medien zu berücksichtigen und zu verdeutlichen. Sich der Hintergründe und Problematiken hinter Plattformen wie TikTok bewusst zu sein, kann die Teilnehmenden gegen etwaige Desinformationen wappnen. Im Seminar „Fakt oder Fiktion“ werden Verschwörungserzählungen unter die Lupe genommen. Den Balanceakt zwischen Verteufelung und Glorifizierung sozialer Medien gilt es, vorsichtig zu begehen und mit den Teilnehmenden gemeinsam die Vor- und Nachteile abzuwiegen.

Mentale Gesundheit in Krisenzeiten ist eine Aufgabe politischer Bildung und sollte auch als diese benannt und gesehen werden. Es gilt, die gesellschaftliche Verunsicherung zu adressieren, indem wir diesen Faktor als ein weiteres Querschnittsthema in unsere Bildungsarbeit einfließen lassen.



Bild: unsplash.com/Avi Naim



Der Krieg in der Ukraine ist weiterhin ein wichtiges Thema der politischen Bildung. Bild: [unsplash.com/Gen Pol](https://unsplash.com/GenPol)

Ukraine: Eines von mehreren drängenden Themen

Krieg in Nahost, Neue Rechte, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Krieg in der Ukraine: Mehrere große Krisen sind relevant für den Schwerpunkt *Identitätsdiskurse und historisch-politische Bildung*. Frieda Himstedt, die den Schwerpunkt leitet, greift eines der Themen auf.

Die zahlreichen Krisen unserer Zeit prägen auch die Arbeit des Schwerpunktes *Identitätsdiskurse und historisch-politische Bildung*. Seien es die historischen Kontinuitäten in einem Erstarken der Neuen Rechten und den damit zusammenhängenden Diskussionen über (nationale) Identitäten oder das gestiegene Bedürfnis nach Bildung zu Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus im Kontext des Nahost-Konflikts. Eine weitere Krise, der 2022 und 2023 noch weit mehr Aufmerksamkeit geschenkt wurde, als es nun 2024 der Fall ist, ist der russische Angriffskrieg in der Ukraine.

Als sich der Schwerpunkt im Februar 2023 zusammenfand, um unter anderem die Themen für die weitere Arbeit festzulegen, war klar, dass der Krieg in der Ukraine eine große Rolle für den Schwerpunkt spielen wird. Das Thema wurde gar als so drängend wahrge-

nommen, dass diskutiert wurde, es mit unterschiedlichen Querschnittsthemen als Teil jeder Schwerpunktkonferenz zu behandeln: Digitale Medien und der russische Angriffskrieg, Wahrnehmung und Darstellung von Geschichte und der russische Angriffskrieg, usw. Gleichzeitig wurde deutlich, dass dann andere Themen vernachlässigt würden.

Schließlich wurden drei Themen für die folgenden Konferenzen festgelegt: „Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine“, „Antisemitismus in allen gesellschaftlichen Bereichen“ und „Multiperspektivische Erinnerungskultur und migrationssensible historisch-politische Bildung“. Dies war, wie sich spätestens nach dem 7. Oktober 2023 zeigte, die richtige Wahl.

Somit stand die Schwerpunktkonferenz im September 2023 unter dem Thema „Identitätsdiskurse und

historisch-politische Bildung vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine“. Bereits beim Austausch zu Wissenstand und Erfahrungen in der Bildungsarbeit zum Thema spiegelte sich die Vielfalt der AKSB-Mitgliedseinrichtungen wider. Es stellte sich heraus, dass je nach Zielgruppe der jeweiligen Einrichtungen Expertise in unterschiedlichen Themenbereichen vorhanden ist. Gleichzeitig zeigte sich, dass in unterschiedlichen Bereichen Weiterbildung in diesem Themenkomplex gewünscht wird, insbesondere angesichts der rasant angestiegenen Nachfrage zum Thema.

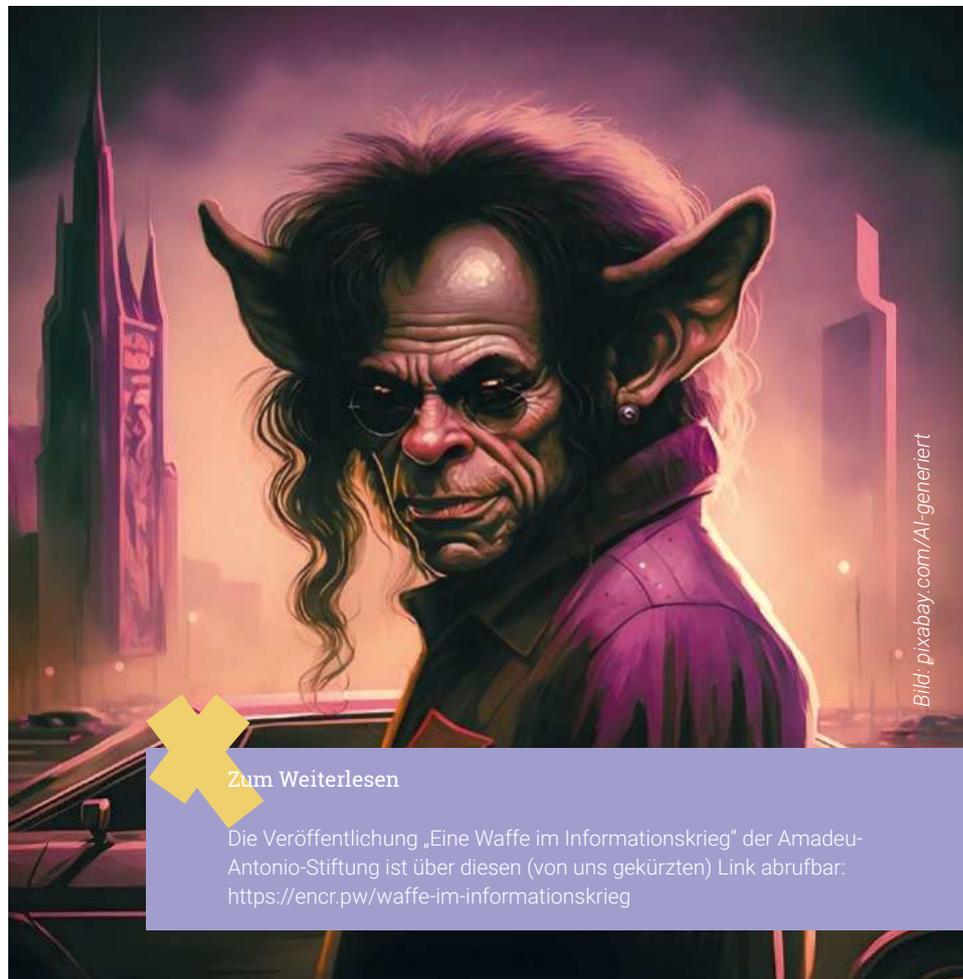
Einen wichtigen Teil der Konferenz stellte die Arbeit zu Desinformation und demokratiefeindlichen Narrativen in Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine dar.

Als Grundlage diente die Veröffentlichung „Eine Waffe im Informationskrieg“ der Amadeu-Antonio-Stiftung. Demnach zielt die russische Desinformation insbesondere auf eine Destabilisierung der Gesellschaft und soll in Deutschland vor allem die russischsprachige Bevölkerung sowie Anhänger*innen antimoderner und antiliberaler Gesellschaftsentwürfe erreichen. Für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist es in der (historisch-)politischen Bildung also unerlässlich, sich diesem Thema möglichst umfassend zu widmen. Hierzu zählt, sich mit den unterschiedlichen Desinformationsnarrativen, den verwendeten geschichtlichen Narrativen sowie den in diesem Kontext geführten Identitätsdiskursen zu beschäftigen.

Von zentraler Bedeutung ist auch das Wissen über Quellen der Desinformation. Insbesondere Soziale Medien wie Telegram und TikTok spielen eine zentrale Rolle in der Verbreitung der russischen Desinformation. Als politische Bildner*innen müssen wir wissen, wie die Plattformen funktionieren und genutzt werden. Und wir müssen Methoden zur Bildungsarbeit mit und über die Plattformen kennen.

Die Beschäftigung mit dem Thema zeigte insbesondere, wie relevant präventive Bildung ist. Die Wirkungen von Desinformationen können minimiert werden, wenn man sich mit unterschiedlichen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (u. a. Antislawismus) und ihrer Wirkungsweisen beschäftigt und die Dekonstruktionskompetenz stärkt.

Wie zu Beginn erwähnt: Andere Krisen beherrschen heute die Schlagzeilen und bestimmen die Nachfrage an die politische Bildung, während der Krieg in der Ukraine weiter wütet. Keineswegs soll hier eine Konkurrenz zwischen den unterschiedlichen Krisen unserer Zeit suggeriert werden. Vielmehr wird die Komplexität der politischen Bildung in bewegten Zeiten deutlich. Um dabei handlungsfähig zu bleiben, ist eine stabile Grundförderung der politischen Bildung essenziell. So kann (jungen) Menschen die Fähigkeit an die Hand gegeben werden, sich sicher durch Zeiten der Krise zu navigieren – wenn sie historische Hintergründe und Kontinuitäten kennen, wenn sie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erkennen und bekämpfen können, wenn sie Medien- und Dekonstruktionskompetenz besitzen – ohne, dass die politische Bildung als „Feuerwehr“ einschreiten muss.



Zum Weiterlesen

Die Veröffentlichung „Eine Waffe im Informationskrieg“ der Amadeu-Antonio-Stiftung ist über diesen (von uns gekürzten) Link abrufbar: <https://encr.pw/waffe-im-informationskrieg>

Brücken des Dialogs

Laura Boever, Referentin für Identitätsdiskurse und jugendpolitische Bildung an der Katholischen Akademie Die Wolfsburg, spricht über den Umgang mit dem Krieg in der Ukraine und die Auswirkungen auf die Gesellschaft in Deutschland.

AKSB: Was macht der Krieg in der Ukraine mit den Menschen in Deutschland?

Boever: Der Krieg in der Ukraine hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Gesellschaft in Deutschland. Zum einen löst er Ängste und Sorgen aus, insbesondere bei denjenigen mit direkten Verbindungen zur Ukraine. Familienangehörige, Freunde oder Bekannte könnten direkt von den Konflikten betroffen sein. Zum anderen beeinflusst der Krieg das politische Klima und die öffentliche Meinung in Deutschland. Es entstehen Debatten über die Rolle Deutschlands in internationalen Konflikten, über Rüstungsexporte und die Sicherheit Europas.

AKSB: Welche Rolle muss und kann die politische Bildungsarbeit dabei übernehmen?

Boever: Die politische Bildungsarbeit spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Sie kann dazu beitragen, dass Menschen ein tieferes Verständnis für die Ursachen und Folgen von Kriegen entwickeln. Durch Aufklärung und Diskussion können Stereotype und Vorurteile abgebaut werden, und die Menschen werden befähigt, komplexe politische Zusammenhänge zu verstehen. Insbesondere in Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen sollte der Krieg in der Ukraine behandelt werden, um das Bewusstsein für internationale Konflikte zu schärfen und eine offene, demokratische Diskussionskultur zu fördern.

AKSB: Was kann die Arbeit der politischen Bildung bewirken?

Boever: Eine ganze Menge. Die Arbeit der politischen Bildung, insbesondere im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg, kann mehrere wichtige Wirkungen haben: Politische Bildung kann dazu beitragen, dass Bürger*innen ein fundiertes Verständnis der historischen, politischen und sozioökonomischen Hintergründe des Ukraine Konflikts entwickeln. Dadurch können sie besser informierte Entscheidungen treffen und eine differenzierte Sicht auf die komplexen Ursachen und Folgen des Konflikts entwickeln.



Laura Boever, hier auf der Kooperationskonferenz 2023, hat eine Schwerpunktstelle *Identitätsdiskurse und historisch-politische Bildung*.
Bild: AKSB

Durch politische Bildungsarbeit können Brücken des Dialogs zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen geschlagen werden. Dies ist besonders wichtig in Konfliktsituationen wie dem Ukrainekrieg, um Vorurteile abzubauen und den gegenseitigen Respekt zu fördern.

Politische Bildung kann dazu beitragen, demokratische Werte wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und Gewaltenteilung zu stärken. Diese Werte sind entscheidend für die Bewältigung von Konflikten und die Förderung von Frieden und Stabilität.

Und letztendlich können durch politische Bildungsarbeit extremistische Ideologien und Radikalisierungstendenzen bekämpft werden. Indem Menschen ein tieferes Verständnis für die Komplexität von Konflikten entwickeln, können sie resistenter gegenüber simplen und extremistischen Erklärungen und Lösungsansätzen werden.

AKSB: Vielen Dank und alles Gute für die Zukunft!

[Anm. der Redaktion: Laura Boever verlässt Die Wolfsburg zum 31. März 2024. Wir wünschen ihr alles Gute für die Zukunft und werden sie in der Schwerpunktarbeit sehr vermissen.]

Widersprüchlich und unerhört

Anhand einer Veranstaltung zeigt Damian Lazarek, Pädagogischer Mitarbeiter am Christlichen Bildungswerk Die HEGGE, ganz konkret, wie politische Bildungsarbeit zum Krieg in der Ukraine aussehen kann. Die wichtigsten Ergebnisse der Tagung hat er hier zusammengefasst.

Am 24. Februar 2022 überfiel Russland die Ukraine in einer selbst proklamierten „militärischen Spezialoperation“. Dieser Überfall wurde in Deutschland und in vielen anderen Ländern als Zeitenwende aufgefasst: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mussten sich neuen Realitäten stellen und mit globalen Folgen des nun militärisch geführten Konflikts umzugehen lernen.

Etwa ein Jahr nach Ausbruch des Krieges fand an der HEGGE in Willebadessen eine Tagung zum Thema „Russlands Krieg in der Ukraine: Ursachen, Hintergründe und Folgen“ statt. Die Veranstaltung setzte sich zum Ziel, die Hintergründe des Krieges, seinen bisherigen Verlauf, Begleitumstände und Folgen für Deutschland und Europa zu erörtern. Da viele der rund 30 Teilnehmer*innen regelmäßig Veranstaltungen der HEGGE besuchen und politisch sehr interessiert sind, fanden rege Diskussionen statt. Und obwohl bei den Vorträgen nachgebohrt wurde, waren sich die Teilnehmer*innen Anfang 2023 einig, dass sich die Ukraine durchsetzen müsse.

Die Widersprüchlichkeit und Unerhörtheit des Kriegsgeschehens wurde während der Veranstaltung durch den ARD-Dokumentarfilm „Stimmen aus dem Krieg – Ukraine 2022“ verdeutlicht. Einflussfaktoren auf den Krieg gibt es viele:

Zwischen Russland und der Ukraine bestehen völlig unterschiedliche und inkompatible politische Ordnungsvorstellungen. Die demokratische Ordnung in der Ukraine mache Russlands Eliten Angst um die eigene Machtstellung; wenn Putin Erfolg mit seinem Abnutzungskrieg habe, bedeute dies das Ende der Unverletzbarkeit der Staatsgrenzen in Europa, erörterte Dr. Manfred Sapper (Chefredakteur der Zeitschrift „Osteuropa“).

Der ehemalige Vorsitzende des Europaparlaments Elmar Brok brachte es auf den Punkt: „Die Ukraine darf diesen Krieg nicht verlieren.“ Er ging mit der Gier der deutschen Wirtschaft hart ins Gericht, welche die Energie-Abhängigkeit von russischen Quellen verursacht und die gegenwärtige Ressourcenkrise herbeigeführt habe. Das schade nicht nur dem Ansehen Deutschlands, sondern gefährde auch die Sicherheit Europas.

Spannend auch der Beitrag der Mitbegründerin der Allianz Ukrainischer Organisationen, Nataliya Pryhomytska, die für bessere Kenntnisse und differenzierte Wahrnehmung der Geschichte Osteuropas in Deutschland warb. Das mangelnde Wissen hinsichtlich entscheidender gesellschaftlicher Entwicklungen in osteuropäischen Ländern führe zu einer Appeasement-Politik gegenüber Russland, die sich im Kontext des Krieges als fatal erwies.

Zwar lag der Blick der Veranstaltung auf der Ukraine und Russland, doch ist eines klar geworden: Die Menschen in Europa und Deutschland sind nicht nur Zaungäste, die mit den Folgen des Krieges umgehen müssen. Ein Umdenken in vielen Bereichen ist nötig: In der Wirtschaft, in der Sicherheitspolitik und nicht zuletzt in der Bildung. Letztendlich geht es auch um den Frieden in Europa.



Das gesamte Team der HEGGE setzt sich für politische Bildung ein. Bild: Die HEGGE

Politisch bilden – Profession stärken!

Der Grundkurs politische Bildung vermittelt Kompetenzen zur Profession der politischen Bildung. Unter der Leitung von Annika Breuer geht der Grundkurs vom bpb-Modellprojekt im April 2024 in die Regelarbeit über. Ein Rück- und Ausblick.

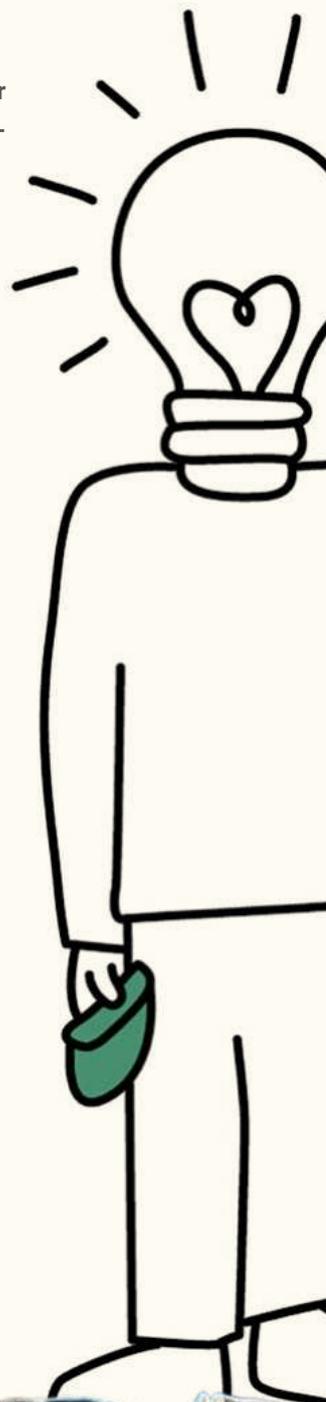
Das Projekt *Politisch bilden – Profession stärken!* verfolgt das Ziel, politische Bildner*innen in und um die AKSB in ihren Kompetenzen zu stärken. Im *Grundkurs politische Bildung* – dem Kernelement des Projekts – werden Teilnehmende in fünf Modulen mit vielseitigem Handwerkszeug für die politische Bildungsarbeit ausgestattet. Sie lernen interaktiv, wie sie Veranstaltungen, Seminare und Kurse in der politischen Bildung zielgruppengerecht gestalten können.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt lag im Projekt auf dem Umgang mit Verschwörungserzählungen in Veranstaltungen der politischen Bildung. Input dazu kam von Tobias Meilicke vom Interdisziplinären Zentrum für Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung e.V. Meilicke gab den *Grundkurs*-Teilnehmenden verschiedene hilfreiche Strategien für den Umgang mit Verschwörungserzählungen an die Hand, die sie in ihrer Bildungsarbeit anwenden können.

Anpassungen an Krisen

Aber auch die aktuellen Krisen waren Thema des *Grundkurses politische Bildung* und brachten für die Durchführung anspruchsvolle Herausforderungen mit sich. Das zeigte sich etwa darin, dass *Grundkurs*-Themen angepasst wurden, weil es andere Bedarfe gab. So ging es ungeplant etwa um den Nahostkonflikt oder darum, ob Akteur*innen der politischen Bildung demonstrieren gehen können. Und auch die geplanten Kürzungen wirkten sich aus: So mussten geplante Teilnahmen abgesagt werden, weil zum Beispiel Dienstfahrten nicht mehr genehmigt werden konnten.

Ein zentrales Thema, das den *Grundkurs* im Jahr 2023 besonders begleitete, war die beängstigende Entwicklung der rechten Einstellungen und Bewegungen, die sich insbesondere in den Zustimmungswerten für die AfD zeigen. Kommunalpolitische Wahlsiege der AfD bewegten die Zielgruppe des Projekts besonders tief. Oft stand die Frage im Mittelpunkt, was politische Bildung in solchen Situationen leisten kann und im Sinne des Beutelsbacher Konsenses leisten darf. Hierzu entspannen sich angeregte Diskussionen darüber, inwiefern politische Aktionen Teil von politischer Bildung sind und wie



politische Bildung die sogenannte Mitte der Gesellschaft erreichen kann.

Eine weitere große Herausforderung ergab sich durch die Kürzungspläne im Bundeshaushalt 2024. Durch diese Unsicherheit wurde es auch anspruchsvoller, *Grundkurs*-Teilnehmer*innen zu gewinnen. Denn viele potenzielle Interessent*innen waren mit der Abwicklung von Projekten oder der Akquise von weiteren Geldmitteln beschäftigt, außerdem wurden weniger Dienstreisen genehmigt. Daher musste leider ein für September geplanter Kurs abgesagt werden.

Sichtbarkeit stärken

Uns beschäftigte daher, wie wir die Sichtbarkeit des Projektes innerhalb der AKSB effektiv steigern können. Besonders gefreut haben wir uns über die Einführung von *Eddie* als Maskottchen der Bildungsarbeit der AKSB. *Eddie* repräsentierte im Jahr 2023 das Projekt *Politisch Bilden – Profession stärken!* und wird ab 2024 immer wieder spannende Kurse, Methoden und Projekte der gesamten Mitgliedschaft im AKSB-Newsletter vorstellen. Ihr möchtet, dass *Eddie* auch etwas von euch vorstellt? Dann meldet euch bei uns!

Es geht weiter

Obwohl dieser Beitrag als Abschlussbericht geplant war, wurde das Projekt *Politisch bilden – Profession stärken!* bis März 2024 verlängert. Die Verlängerung ermöglicht es, den Wünschen der Teilnehmenden weiter nachzukommen, etwa mit weiteren Veranstaltungen zu diversitätsorientierter politischer Bildung und Antisemitismus.

Eddie steht für methodisch-didaktisch gute politische Bildungsarbeit der AKSB.

Darüber hinaus können wir intensiveren Input zu Methoden anbieten. Der Übergang in die AKSB-Regelförderung ab April 2024 unterstreicht die Relevanz und den Erfolg des Projekts und gibt Zuversicht für die Zukunft der politischen Bildungsarbeit.

Neben den Krisen, mit denen wir 2023 konfrontiert wurden, können wir auch von Highlights berichten: Schön war die Durchführung des *Grundkurses* in Präsenz. Der daraus entstandene offenerer Austausch war eine besonders positive Erfahrung. Das Kamingespräch am Abend im Könzgenhaus (Haltern am See) bot beispielsweise einen zusätzlichen Raum für intensive Diskussionen und Vernetzungen.

Wirkungsforschung und Rückmeldungen

Außerdem wurde das Projekt wissenschaftlich durch eine Wirkungsforschung begleitet, die Mitte 2024 veröffentlicht werden soll. Wir erhoffen uns, damit genauer zu erfahren, was das Projekt für die politische Bildungsarbeit leisten kann. Durch die positive Rückmeldung der Teilnehmenden wissen wir aber auch jetzt schon, dass wir nachhaltig positiv zur Arbeit der politischen Bildung beitragen konnten. Ein Teilnehmer des Grundkurses brachte die Bedeutung auf den Punkt: „Das Projekt hat mir auf jeden Fall eine Sicherheit im Umgang mit Methoden und schwierigen Themen gebracht“.

Wenn das Ende nicht das Ende ist

Dr. Ann-Kristin Beinlich berichtet von den Herausforderungen, die durch die vorübergehend geplante Einstellung des Projekts *RespACT – Vielfalt leben. Haltung zeigen.* entstanden sind.

Das Projekt *RespACT – Vielfalt leben. Haltung zeigen.* startete vielversprechend in das Jahr 2023. Das Frühjahr wurde bereits im Vorjahr geplant und Schulen zeigten so großes Interesse an den Bildungsangeboten des Projekts, dass einzelne Standorte schon lange im Voraus ausgebucht waren. Im gesamten Bundesprogramm „Respekt Coaches“, gefördert vom BMFSFJ, überwog der Eindruck, das Programm habe sich bundesweit an den Schulen etabliert. Nach der Corona-Pandemie lief es wieder wie gewünscht – sogar noch besser.

Ukraine-Krieg, Desinformation, Rechtsextremismus, Rassismus, Gender – diese und weitere Themen beschäftigen Jugendliche und wurden im Jahr 2023 bundesweit diskutiert und reflektiert. Der Eindruck: Politische Bildung mit und für Jugendliche ist bedeutsamer denn je.

Unerwartete Vollbremsung

Dennoch entschied die Bundesregierung, das Bundesprogramm Ende des Jahres 2023 einzustellen. Alle Programmbeteiligten waren enttäuscht: Von der Kurzfristigkeit der Mitteilung, von der Art der Kommunikation des Ministeriums und der Kurzsichtigkeit der Verantwortlichen. Schließlich zeigte das Bundesprogramm den Bedarf nach einer bewertungsfreien, unterrichtsunabhängigen Auseinandersetzung mit dem Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft. Besonders die Jugendlichen, die durch etablierte Angebote der politischen Bildung (und Jugendsozialarbeit) nicht oder nur schwer erreicht werden, werden im Stich gelassen. Die Folge? Respekt Coaches und politische Bildner*innen verloren dadurch an Vertrauen in Entscheider*innen und Strukturen.

Das Projektteam fokussierte sich im zweiten Halbjahr 2023 auf die Abwicklung des Projekts. Es wurde überlegt, welche Inhalte in welcher Form gesichert werden müssen. Hinzu kamen die persönlichen Fragen: Wie geht es mit den einzelnen Personen an den Bildungseinrichtungen weiter? Welche Perspektive

besteht über das Projekt hinaus? Während die einen die Sicherheit hatten, weiterhin in Anstellung zu bleiben, mussten sich andere mit der Gefahr der Arbeitslosigkeit auseinandersetzen. Auf der einen Seite wurden Projektanträge geschrieben, um die Projektarbeit in ähnlicher Form vor Ort weiterzuführen, auf der anderen Seite wurden Bewerbungen verfasst und Vorstellungsgespräche geführt.

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 wurden fast jeden Tag antisemitische Vorfälle in Deutschland bekannt. Die Politik bemerkte, dass etwas gegen Antisemitismus unternommen werden muss. Im Bundesprogramm arbeiten wir seit Beginn zu diesem und verwandten Themen. So wurde das Bundesprogramm plötzlich wieder relevant und wichtig – und abhängig von den Haushaltsverhandlungen der Bundesregierung.

Abrupte Wendung

Zum Bekanntwerden der Streichung des Bundesprogramms im Juli wurden Petitionen gestartet, Minister*innen adressiert, an Mitglieder des Bundestags appelliert, Demonstrationen gegen die Rücknahmen der Kürzungen im Kinder- und Jugendplan (KJP) des Bundes und auch gegen die Streichung des Bundesprogramms veranstaltet. All dies fiel nun auf fruchtbaren Boden. So wurde in der letzten Lesung im Jahr 2023 zum Bundeshaushalt entschieden, das Bundesprogramm weiterzuführen. Innerhalb von zwei Tagen sollte Finanzplan und Projektskizze eingereicht werden.

Dieser kurze Prozess erforderte besondere Flexibilität, Spontanität sowie enge Teamarbeit.

Beim nächsten Mal ...

Noch wichtiger für ein Projekt sind verlässliche und sichere Strukturen. Hierzu gehören insbesondere eine weitsichtige, verantwortungsvolle Politik und Fördergeber, die eine nachvollziehbare Prioritätensetzung kommunizieren. Darüber hinaus um-

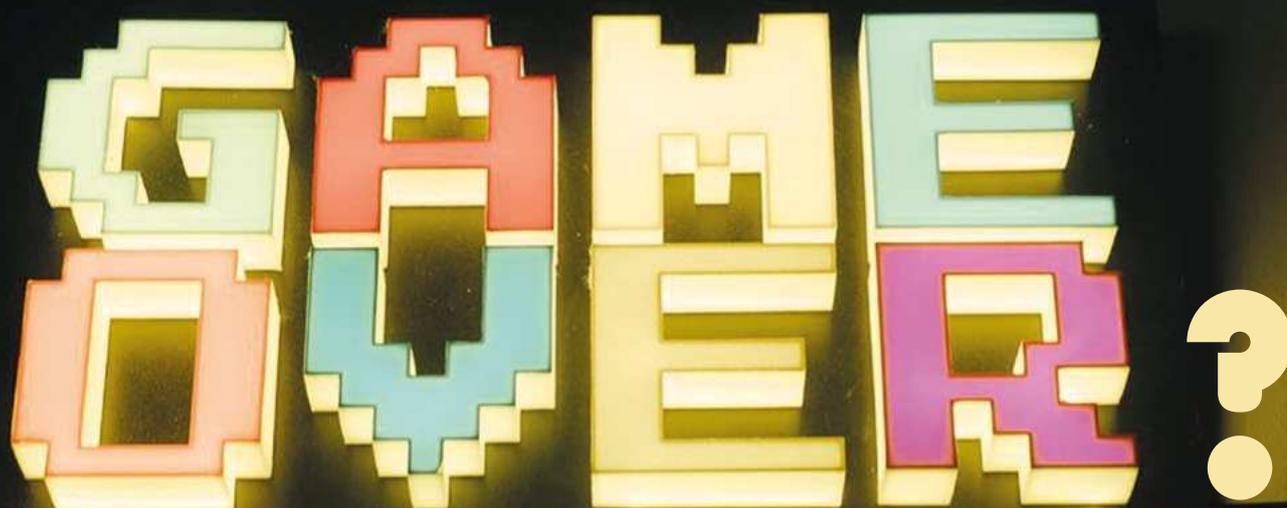


Bild: pexels.com/cottonbro

fassen verlässliche Strukturen eine langfristige und sichere Finanzierungsperspektive. Schließlich wird die politische Bildungsarbeit enorm irritiert, wenn in einem laufenden Projekt spontan inhaltliche Änderungen vorgenommen werden. Das Etablieren eines Programms mit unterschiedlichen Akteur*innen benötigt Zeit, um seine Wirkung entfalten zu können. Programmlogiken müssen kennengelernt werden, Vertrauen muss gefasst und (Zeit-)Ressourcen für Bildungsangebote geschaffen werden. So können bis dato unbekannte Kooperationen entstehen, neue Zielgruppen erreicht und nachhaltige Bildungsangebote geschaffen werden.

Deswegen lohnt es sich, mit denjenigen in den Dialog zu gehen, die die Bildungsprogramme maßgeblich umsetzen. Sie haben den notwendigen Überblick über die Bedarfe und die aktuell relevanten Fragestellungen, die die Zielgruppen beschäftigen. Im Bundesprogramm „Respekt Coaches“ zeigte sich über die vergangenen Jahre deutlich, dass dies insbesondere das Leben in einer vielfältigen Gesellschaft mit all seinen Facetten ist – Demokratie, Identität, Diversität. Politik und Fördergeber sollten sich deshalb weniger auf spontane, politisch motivierte Reaktionen auf gesellschaftspolitische Ereignisse einlassen. Stattdessen bleibt es wichtig, auch Bedarfe, Interessen und Ressourcen zu reflektieren.

Demokratie und Inklusion – Inklusion als Stütze der Demokratie?

Stefan Braun, Leitung des AKSB-Projekts
Wie geht Demokratie? Inklusive politische Bildung, sagt: Aktuell befinden wir uns in einer Krise der Demokratie. Und das hat auch Auswirkungen auf die Inklusion.

Scheinbar bricht die Welt, so wie wir sie kennen, um uns herum auseinander. Es entsteht der Eindruck, dass sich die bestehenden Krisen auch auf den Prozess der Inklusion auswirken. Aber ist nicht gerade Inklusion eine Stütze der Demokratie?

Eine Sensibilisierung für Diskriminierung und deren Zurückdrängung ist ein Vorteil für uns alle, ein Empowerment für Menschen mit Behinderung stärkt uns als Gesamtheit. Denn in Folge kann nicht nur eine marginalisierte Gruppe endlich partizipieren, sondern dies kann auch ein Vorbild dafür sein, wie unsere Gesellschaft wieder ein Stück zusammenrückt.

Legt man eine breite Definition von Behinderung an, zeigt sich, dass die wenigsten Fälle von Behinderung angeboren sind. Mit steigendem Alter nehmen auch Formen von Behinderung zu. Die WHO resümiert dazu, dass jeder Mensch – wenn auch kurzfristig – in seinem Leben von einer Einschränkung betroffen ist. Dies macht deutlich, wie wichtig es ist, Inklusion aktiv voranzutreiben und warum sie in Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine wichtige Rolle spielt. Zu bedenken ist: Nicht jede Behinderung ist dabei sichtbar. Dieser Logik folgend bringt ein Abbau diskriminierender Strukturen auch einen Aufbau von Demokratie mit sich – und damit weniger gesellschaftliche Spaltung. Vor allem in Sinne einer Intersektionalität, also des Zusammenhängens verschiedener Formen der Diskriminierung, ist Inklusion wichtig.

Diskriminierung und Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderung werden als Ableismus bezeichnet. Das Projekt *Wie geht Demokratie?* hat sich im Jahr 2023

vertieft mit diesem Thema und dessen Abbau beschäftigt. Die Kolleg*innen haben 2023 häufig artikuliert, dass die Gesellschaft für eine gelungene Inklusion Barrieren abbauen muss. Menschen mit Behinderungen möchten eigenständig partizipieren, dies muss aber von der Gesellschaft zugelassen werden.

Um Ableismus entgegenzutreten, ist es wichtig, zu wissen, wie er entsteht: Er liegt vor allem darin begründet, dass man von einer Norm ausgeht, bei der ein vollständig gesunder Mensch gedacht wird. Durch diese oft unbewusste Normsetzung fehlen Verständnis und ein sogenanntes „Othering“ bildet sich heraus. So werden unnötige Barrieren aufgebaut, die Inklusion verhindern. Bei den meisten von uns, und auch in der politischen Bildung, muss daher ein Umdenken stattfinden.

Dieses Umdenken hat die AKSB im November 2022 in ihrer Erklärung „Menschen mit Behinderung stärken – Gesellschaft verändern. Die AKSB stärkt mit ihrer politischen Bildung die Grundrechte von Menschen mit Behinderung“ verschriftlicht. Die Erklärung greift vier wichtige Prinzipien heraus, die beim Abbau von Ableismus helfen und nach denen das Projekt arbeitet. Die Erklärung ist auf Initiative des Projekts entstanden, die Umsetzung wurde im Laufe des Jahres 2023 angestoßen, etwa, indem alle Veranstaltungsflyer aus dem Projekt in leicht verständlicher Sprache erstellt wurden.

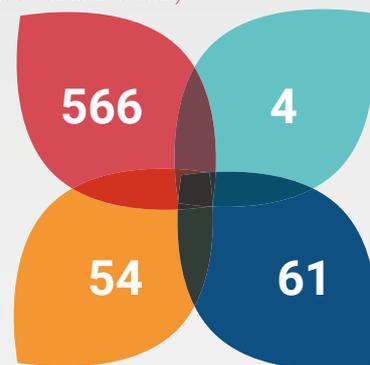
Jede*r von uns kann sich gegen Ableismus und für Demokratie einsetzen, wenn er*sie die eigenen Privilegien hinterfragt und mit Menschen mit Behinderungen über ihre Bedürfnisse spricht. Die eigenen Privilegien können dann positiv genutzt werden, um ein Empowerment für Menschen mit Behinderung aufzubauen. Das ist ein wichtiger Dienst für die Demokratie und sorgt dafür, den Perspektivwechsel täglich zu üben.





Zusammenarbeit innerhalb der AKSB 2023

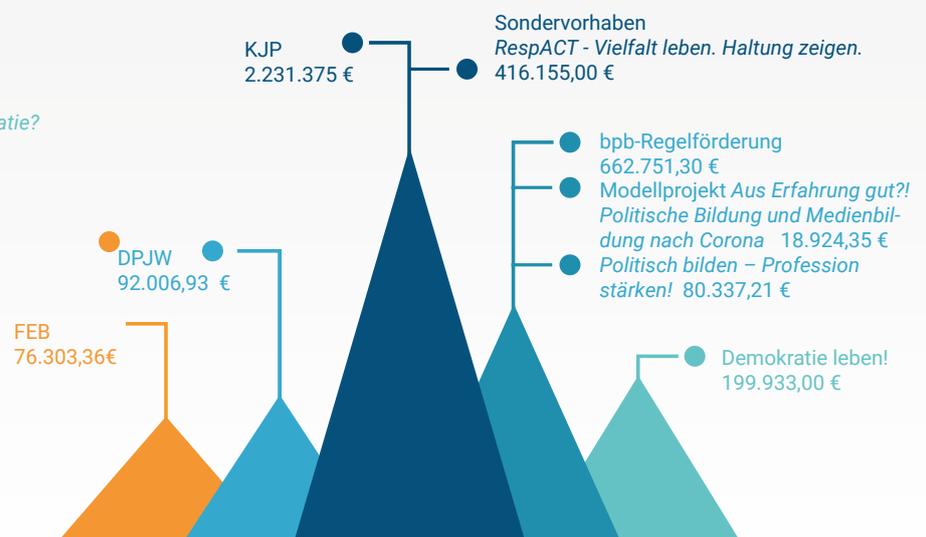
Kurse/Arbeitstagen 2023 (insgesamt, von 10-200 Teilnehmenden)



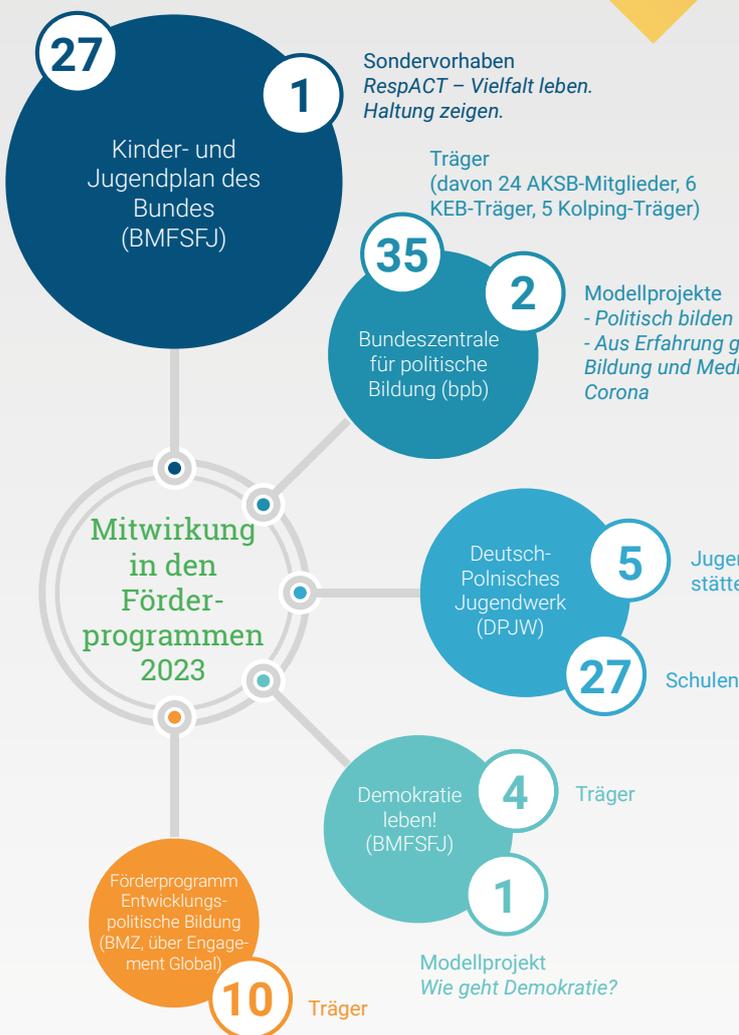
Mitwirkende

Mitglieder (Davon 4 in Anwartschaft. Ein Anwärter wurde auf der Mitgliederversammlung am 28./29. November 2023 in die AKSB aufgenommen.)

Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln 2023



Träger



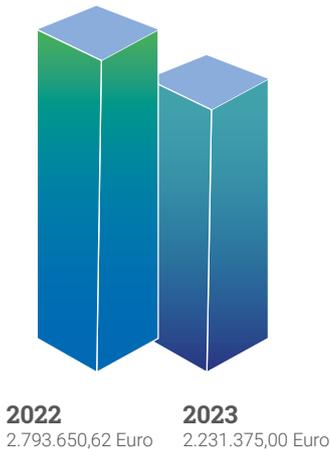
Stand: 31. Dezember 2023

Regelförderung aus KJP und bpb im Überblick

Die Organisation und Weiterleitung der Regelförderung als Zentralstelle für den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) und die Richtlinienförderung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zählt zu den Kernaufgaben der AKSB. Diese Erkenntnisse lassen sich aus dem Jahr 2023 ziehen.

KJP-Regelförderung 2023

Bewilligte Fördersumme



Die bewilligte Fördersumme im Förderprogramm KJP wurde 2023 vollständig ausgeschöpft.

Die politische Bildungsarbeit der AKSB erreicht nach Covid mehr Teilnehmende als in den vergangenen Jahren.

Der vermeintliche Einbruch gegenüber dem Vorjahr ist auf das Sonderförderprogramm „Corona-Aufholpaket“ zurückzuführen, das ausschließlich im Jahr 2022 mit zusätzlichen Mitteln gefördert wurde.



Kursteilnehmer*innen nach Bundesländern



Häufigste Kursthemen



Geschlechterverteilung der Kursteilnehmer*innen



weiblich	männlich	divers
57,3 Prozent	42,3 Prozent	0 Prozent
5.684 Nennungen	4.199 Nennungen	33 Nennungen

Der Anteil der diversen Teilnehmer*innen ist im Vergleich marginal und wird prozentual kaum bis gar nicht angezeigt. Dennoch lässt sich festhalten, dass die Angabe „divers“ sowohl im KJP als auch bei der bpb genutzt wird und dazu beiträgt, heteronormative Strukturen kritisch zu hinterfragen und diverse Geschlechtsidentitäten sichtbar zu machen.

bpb-Regelförderung 2023



Häufigste Kursthemen



Häufigste Themen der bpb-Schwerpunkte („Runder Tisch“)

Jedes Jahr werden am Runden Tisch der bpb mit Blick auf aktuelle gesellschaftspolitische Themen neue Schwerpunkte für das kommende Förderjahr gesetzt. Diese bpb-Schwerpunkte wurden am häufigsten aufgegriffen.

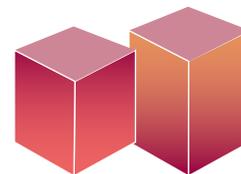


Geschlechterverteilung der Kursteilnehmer*innen



weiblich	männlich	divers
44,2 Prozent	52,2 Prozent	0 Prozent
1.433 Nennungen	1.789 Nennungen	17 Nennungen

Bewilligte Fördersumme



2022
513.505,28 Euro

2023
665.000,00 Euro

Die bewilligte Fördersumme im Förderprogramm bpb wurde 2023 nahezu vollständig ausgeschöpft.

Kursteilnehmer*innen nach Bundesländern



AKSB-Mitglieder 2023

Akademie am Tönsberg
Oerlinghausen

Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus
Nürnberg

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
Stuttgart

Akademie Klausenhof
Haminkeln

Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj)
Düsseldorf

ASG-Bildungsforum*
Düsseldorf (seit 6. März 2023)

BDKJ Bundesstelle Bund der Deutschen Katholischen Jugend
Düsseldorf

Bischöfliche Akademie des Bistums Aachen
Aachen

CAJ, Christliche ArbeiterInnenjugend
Essen

Deutsche Provinz der Salesianer Don Boscos*
München

DIE HEGGE, Christliches Bildungswerk
Willebadessen-Niesen

Forum Soziale Bildung Benediktushöhe
Zellingen-Retzbach

Franziskanisches Bildungswerk
Großkrotzenburg

Gemeinnütziges Sozialwerk der KAB Deutschlands
Köln

Haus Ohrbeck, Katholische Bildungsstätte und Heimvolkshochschule
Georgsmarienhütte

Haus Wasserburg Bildungs- und Gästehaus
Vallendar

Heimvolkshochschule Gottfried Könzgen KAB/CAJ
Haltern am See

Heinrich Pesch Haus Bildungszentrum Ludwigshafen
Ludwigshafen

IN VIA Akademie/Meinwerk-Institut
Paderborn

Initiative Christen für Europa
Dresden

Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal
Ostritz

Jugend- und Erwachsenenbildungshaus Marcel Callo
Heilbad Heiligenstadt

Jugendakademie Walberberg
Bornheim

Jugendbildungs- und Freizeitgestaltungsverein der KAB Verbandszentrale
Köln

Jugendbildungsstätte der KAB und CAJ
Waldmünchen

Jugendbildungsstätte Haus Maria Frieden
Wallenhorst-Rulle

Jugendbildungsstätte Marstall Clemenswerth & Jugendkloster Ahmsen e.V.
Sögel

Jugendhaus Burg Feuerstein
Ebermannstadt

Jugendwerk für internationale Zusammenarbeit, Bleiberger Fabrik
Aachen

KAB Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands
Köln

Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg
Freiburg

Katholische Akademie des Bistums Dresden-Meißen
Dresden

Katholische Akademie des Bistums Fulda
Fulda

Katholische Akademie des Bistums Hildesheim
Hannover

Katholische Akademie „Die Wolfsburg“
Mülheim an der Ruhr

Katholische Akademie Hamburg
Hamburg

Katholische Akademie in Bayern
München

Katholische Akademie in Berlin
Berlin

Katholische Akademie Rabanus Maurus Haus am Dom
Frankfurt

Katholische Akademie Stapelfeld/ Stiftung Kardinal von Galen
Cloppenburg

Katholische Erwachsenenbildung im Bistum Limburg, Diözesanbildungswerk
Frankfurt

Katholische Erwachsenen- und Familienbildung im Bistum Essen
Essen

Katholische Landvolkshochschule Freckenhorst Schorlemer Alst
Warendorf

Katholisches Militärbischofsamt
Berlin

Katholisches Soziales Bildungswerk (KSB) Freiburg
Freiburg

Katholisch-Soziale Akademie Franz Hitze Haus
Münster

Katholisch-soziales Bildungswerk Stuttgart
Stuttgart

Katholisch-Soziales Institut (KSI)
Siegburg

kifas
KAB Institut für Fortbildung und angewandte Sozialethik
Waldmünchen

Kolping-Bildungswerk Paderborn
Soest

Kolpingwerk Deutschland
Köln

Kommende Dortmund, Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn
Dortmund

Liborianum, Bildungs- und Gästehaus des Erzbistums Paderborn
Paderborn

Ludwig-Windthorst-Haus
Lingen-Holthausen

Nell Breuning Haus Bildungs- und Begegnungsstätte der KAB und CAJ im Bistum Aachen
Herzogenrath

Soziales Seminar der Diözese Osnabrück, Marcel-Callo-Haus
Osnabrück

Soziales Seminar des Erzbistums Paderborn
Dortmund

Thomas-Morus-Akademie Bensberg
Bergisch Gladbach

*Mit * markierte Einrichtungen befinden sich in Anwartschaft.*

AKSB im Überblick 2023

Vorstand der AKSB (Amtsperiode 2022-2025)



Vorsitzender
Gunter Geiger
Katholische Akademie
des Bistums Fulda



Zweiter Vorsitzender
Rüdiger Paus-Burkard
Akademie Klausenhof

Vorstandsmitglieder



Dr. Nike Alkema
Akademie am Tönsberg



Dr. Ruth Bendels
(bis 30. Juni 2023)
Katholische Akademie
des Bistums Hildesheim



Michael Engbers
Marstall Clemens-
werth & Jugendkloster
Ahmsen



Marcel Speker (seit
29. November 2023)
Ludwig Windthorst
Haus, Lingen



Martina Weishaupt
Akademie der Diözese
Rottenburg-
Stuttgart

Beratende Mitglieder

Dr. Jakob Johannes Koch
Sekretariat der Deutschen
Bischofskonferenz, Bonn

Andrea Pingel
Zentralkomitee der deutschen
Katholiken (ZdK), Bonn

Dr. Natascha Sasserath-Alberti
Katholisches Büro in Berlin, Berlin

Andrea Rühmann
AKSB-Geschäftsführung, zugleich auch
Besondere Vertreterin des Vereins nach
§ 30 BGB, Bonn

Kassenprüfung

Melanie Koschade
Katholische Erwachsenenbildung Hessen
Hendrik Ruße
Katholische Akademie „Die Wolfsburg“

Bundesweite Zusammenarbeit Infrastrukturstellenkonferenz

Andrea Rühmann (Leitung)
AKSB-Geschäftsführerin
Markus Schuck (Leitung)
Referent für politische Bildung, AKSB
Dr. Nike Alkema
AKSB-Vorstand
Robert Kläsener (SP I)
Michael Westermann (SP II, 1. Februar
bis 14. September 2023)
Veronika Schniederalters (SP II, seit 15.
September 2023)
Kristina Hamm (SP III)
Frieda Philine Himstedt (SP IV)
Thorsten Gonska (DiDaSKo)
Ulrike Maqua (DiDaSKo)
Dr. Ann-Kristin Beinlich
Projektleitung *RespACT – Vielfalt leben.
Haltung zeigen.*
Stefan Braun
Projektleitung *Wie geht Demokratie? –
inklusive politische Bildung*
Annika Breuer
Projektleitung *Mehrwert Verantwortung –
Politische Erwachsenenbildung in neuen
Formaten und Politisch bilden –
Profession stärken!*

Mitwirkende der Schwerpunkte (SP)

SP 1: Sozial-ökologische Transformation

Robert Kläsener (Leitung)
Kommende Dortmund
Dr. Nike Alkema (Vorstand)
Akademie am Tönsberg
Aadel Maximilian Anuth
Haus Ohrbeck
Angelica Bergmann Zamorano
Katholisch-Soziales Institut Siegburg
Ulla Fricke
Don Bosco
Melanie Gehenzig
Haus Wasserburg
Reinhard Griep (bis 30. September 2023)
Jugendakademie Walberberg
Valentin Heil
Bischöfliches Jugendamt des Bistums
Mainz
Marie Heinemann
*Bischöfliches Jugendamt des Bistums
Mainz*
Leonie Reif
Jugendakademie Walberberg
Lena Rüger
Jugendbildungsstätte Waldmünchen
Georg Salditt
IBZ St. Marienthal
Rüdiger Sweere (seit 1. Oktober 2023)
Jugendakademie Walberberg
Wiebke Thomas
Katholische Akademie der Erzdiözese
Freiburg
Dr. Heike Wagner
Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
Hauke Meyerrose
Soziales Seminar der Diözese Osnabrück
Matthias Stracke-Bartholomai
Akademie der Versicherer der Kirche

SP2: Jugendbeteiligung, Demokratie und Menschenrechte

Veronika Schniederlbers (Leitung, seit 15. September 2023)

Michael Westermann (Leitung vom 1. Februar bis 14. September 2023)

Marstall Clemenswerth & Jugendkloster Ahmsen e.V.

Martina Weishaupt (Vorstand)

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Max Berger

Heinrich-Pesch-Haus

Dr. Ann-Kristin Beinlich

AKSB

Stefan Braun

AKSB

Caroline Decker

Jugendbildungsstätte Haus Maria Frieden

Florian Eutebach

Bischöfliches Jugendamt des Bistums Mainz

Ivona Geballa

Katholische Akademie des Bistums Fulda

Detlef Herbers

Kommende Dortmund

Dr. Christina Herrmann

Nell Breuning Haus

Dr. Konstanze Jüngling

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Charlotte Linss

ICE Dresden

Ulrike Maqua

Franziskanisches Bildungswerk

Meike Elisa Müller

Dezentrale e.V.

Karin Reisige

Nell Breuning Haus

Jana Rolfes

Marstall Clemenswerth & Jugendkloster Ahmsen e. V.

SP 3: Sozialstaat und Arbeitswelt

Kristina Hamm (Leitung)

Nell Breuning Haus

Rüdiger Paus-Burkard (Vorstand)

Akademie Klausenhof

Michelle Bauer

Heinrich Lübke Haus, Gemeinnütziges

Sozialwerk der KAB Deutschlands

Nadine Bellingradt-Hanning

Nell Breuning Haus

Annika Breuer

AKSB

Mathias Blöcher

Jubi e.V. KAB Deutschland

Stefan Falk

Arbeitnehmerseelsorge Freiburg – Region Ortenau

Christoph Hollbein-Munske

KönzgenHaus Haltern am See

Titus Möllenbeck

Haus am Maiberg

Peter Niedergesäß

(bis 28. November 2023)

KSB Stuttgart e.V.

Thomas Riediger

(seit 28. November 2023)

KSB Stuttgart e.V.

Gabriel Rolfes

Katholische Akademie des Bistums

Dresden-Meißen

Giulio Salvati (seit 01. September 2023)

Katholische Akademie des Bistums

Fulda

Dr. Maria-Luise Schneider

Katholische Akademie in Berlin

Dr. Martina Schumacher

Katholische Akademie Stapelfeld

Alois Nock

Kifas gGmbH

Eva Wissing

Jugendakademie Walberberg

SP 4: Identitätsdiskurse und historisch-politische Bildung

Frieda Philine Himstedt (Leitung)

Katholische Akademie des Bistums Hildesheim

Gunter Geiger (Vorstand)

Laura Boever

Katholische Akademie „Die Wolfsburg“

Jonatan Burger (bis 1. November 2023)

Katholische Akademie des Bistums

Dresden-Meißen

Wolfgang Hansen

Kolping Bildungswerke Paderborn

Sebastian Lanwer

Franz-Hitze-Haus

Damian Lazarek

Die Hegge

Dr. Jens Oboth

Katholische Akademie „Die Wolfsburg“

Karsten Pieper

Akademie am Tönsberg

Martin Stammler

Caritas-Pirckheimer-Haus

Dorothea Trappe

Katholische Akademie des Bistums

Dresden-Meißen

Strategiegruppe

Rüdiger Paus-Burkard

Akademie Klausenhof

Reinhard Griep (bis 30. September 2023)

Jugendakademie Walberberg

Norbert Jansen

Könzgenhaus

Andrea Rühmann

AKSB

Claudia Krupp

AKSB

Ulrike Maqua

Franziskanisches Bildungswerk

**Mitgliedschaften, Kooperationen,
Netzwerke, Mitarbeit in Gremien****Bundesausschuss Politische Bildung
(bap)**

Andrea Rühmann (Vorstand)

**Bundeszentrale für Politische
Bildung (bpb)**

Andrea Rühmann (Runder Tisch)

**Gemeinsame Initiative der Träger
Politischer Jugendbildung im bap
(GEMINI)**

Markus Schuck, Andrea Rühmann

**European Association for the
Education of Adults (EAEA)**

Martina Cessan

**Fachstelle für Internationale Jugend-
arbeit der Bundesrepublik Deutsch-
land e.V. (IJAB)**

Andrea Rühmann (Vorstand)

**Forum Hochschule und Kirche
(FHoK)**

Markus Schuck

**Arbeitsgemeinschaft der
Katholischen Akademien**

Gunter Geiger

**Katholische Erwachsenenbildung
Deutschland (KEB), Bonn**Rüdiger Paus-Burkard (Stellv. Vor-
sitzender, Leitung Kommission Digi-
talisierung), Markus Schuck (Kom-
mission Digitalisierung)**Kolpingwerk Deutschland**

Rüdiger Paus-Burkard

**Netzwerk Politische Bildung in der
Bundeswehr**

Gunter Geiger

Trägerkreis Katholische Jugendhilfe

Andrea Rühmann

**zebis – Zentrum für ethische Bildung
in den Streitkräften, Hamburg**

Gunter Geiger

Fördergeber**Politische Jugend- und Erwachsenen-
bildung (national)**Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend (BMFSFJ)- Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP)
- Demokratie leben!

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

- Modell- und Regelförderung

**Entwicklungspolitische
Bildungsarbeit**Engagement Global – Service für Ent-
wicklungsimpulsen, Bonn**Internationale Jugendarbeit**

ConAct Koordinierungszentrum

Deutsch-Israelischer Jugendaustausch

Deutsch-Französisches Jugendwerk
(DFJW)

Deutsch-Griechischer Jugendaustausch

Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)

KJP international

Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaus-
tausch (DRJA)

TANDEM – Deutsch-Tschechischer

Jugendaustausch

Impressum

Hrsg.: AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer
Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V.,
Bonn.

Erscheinungsdatum: 11. Juni 2024

Diese Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Kinder-
und Jugendplans des Bundes durch das Bundes-
ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) gefördert.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Auflage: 1.000 Exemplare
ISSN: 0937-8383

Verantwortlich: Andrea Rühmann

Redaktion: Claudia Krupp

Unter der Mitarbeit von:

Michelle Bauer, Dr. Ann-Kristin Beinlich, Anette Bickel, Laura
Boever, Stefan Braun, Annika Breuer, Walter Brüker, Martina
Cessan, Eileen Eisenhut, Michael Engbers, Gunter Geiger,
Thorsten Gonska, Kristina Hamm, Dana Hausteil, Frieda
Himstedt, Thomas Hohenschue, Robert Kläsener, Nadine
Krumtscheid, Damian Lazarek, Charlotte Linss, Ulrike
Maqua, Jessica Odenthal, Andrea Rein, Jana Rolfes, Stefan
Rostock, Georg Salditt, Veronika Schniederalters, Markus
Schuck, Marion Schue, Wiebke Thomas, Martin Weimer

Grafische Gestaltung: deus werbung, Scheidter Straße 23,
42653 Solingen.

Gesamtherstellung: Druckerei Engelhardt, Eisenerzstr. 26,
53819 Neunkirchen



Termine der AKSB

2024

06.06.24	mepodi: KI für Medienkompetenz und politische Bildung: Gestaltung unserer digitalen Zukunft	Katholische Akademie des Bistums Fulda
11.-12.06.24	Kooperationskonferenz (KOKO)	Gustav-Stresemann-Institut, Bonn
28.-29.08.24	Fachkonferenz „Vorsicht! Verstrickt! Antifeminismus und Antisemitismus in politischer Jugendbildung thematisieren“	Caritas-Pirckheimer-Haus, Nürnberg
29.08.-01.09.24	DPJW-Studienreise	Danzig
02.09.24	Fachkonferenz „Politische Bildung – Zusammenarbeit mit Bundeswehr, kath. Militär- und Polizeiseelsorge“	Katholische Akademie des Bistums Fulda
03.09.24	Infrastrukturstellenkonferenz	Geschäftsstelle AKSB
09.09.24	Schwerpunkttagung	digital
10.10.24	Tagung „Qualität und Wirkung in der entwicklungs-politischen Bildungsarbeit“	digital
18.-19.11.24	Jahrestagung der AKSB	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
19.-20.11.24	Mitgliederversammlung der AKSB	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
02.12.24	Infrastrukturstellenkonferenz	digital

2025

27.-28.01.25	Schwerpunkttagung	KSI, Siegburg
28.-29.01.25	SV-Fachtagung	digital
13.-14.03.25	Infrastrukturstellenkonferenz	digital
noch offen	Verwaltungsfachtagung	noch offen
noch offen	mepodi-Fachtagung	noch offen
12.06.25	Kooperationskonferenz (KOKO)	Universitätsclub, Bonn
12.-13.06.25	Infrastrukturstellenkonferenz	Universitätsclub, Bonn
noch offen	Fachkonferenz „Politische Bildung – Zusammenarbeit mit Bundeswehr, kath. Militär- und Polizeiseelsorge“	Katholische Akademie des Bistums Fulda
11.-12.09.25	Schwerpunkttagung	digital
17.-18.11.25	Jahrestagung der AKSB	Caritas-Pirckheimer-Haus, Nürnberg
18.-19.11.25	Mitgliederversammlung der AKSB	Caritas-Pirckheimer-Haus, Nürnberg
04.12.25	Infrastrukturstellenkonferenz	digital